



BACHELORARBEIT

Robert König

**Die Erziehung zum
Marxismus-Leninismus
an der Hochschule**

Institut für ML
Lehrinhalte, Lehrstrategien, Lehrende

**The education to
Marxism-Leninism
at the university**

Institute for ML
Content of teaching, approaches to
learning, teaching staff

Fakultät Medien

BACHELORARBEIT

Die Erziehung zum Marxismus-Leninismus an der Hochschule

Autor:

Robert König

Studiengang:

Angewandte Medienwirtschaft

Seminargruppe:

AM07wS1-B

Erstprüfer:

Prof. Dr. phil. Otto Altendorfer

Zweitprüfer:

Dipl. Journalist Ulrich Pape

Mittweida, 13.01.2011

Die Erziehung zum Marxismus-Leninismus an der Hochschule

Institut für ML – Lehrinhalte, Lehrstrategien, Lehrende

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	2
1 Die marxistisch-leninistische Weltanschauung als Bildungsziel an Hoch-und Fachschulen.....	4
1.1 Der Stellenwert der Pädagogik im Marxismus-Leninismus	4
1.2 Analyse der bildungspolitischen bzw. ideologischen Ziele	6
1.3 Leitprinzipien zum Studium des Marxismus-Leninismus	13
1.4 Lehrinhalte	17
1.4.1 Dialektischer und historischer Materialismus	17
1.4.2 Wissenschaftlicher Sozialismus	24
1.4.3 Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus	28
2 Die Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ an der KMU.....	31
2.1 Soziale Zusammensetzung und Motivation der Studierenden.....	33
2.2 Die Seminargruppen	37
2.3 Die Seminare	39
2.4 Prüfungen	40
2.5 Anteile von Direkt- und Selbststudium und Literaturlage	41
2.6 Leistungsorientierung, Spezialisierung und wachsende Unzufriedenheit	42
2.7 Die Rekrutierung der Lehrkräfte.....	45
2.8 Das Ende der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“	47
Schlussbemerkung	55
Literaturverzeichnis	57

Einleitung

Der Marxismus-Leninismus war die Weltanschauungsdoktrin der sozialistischen Staaten des Ostblocks unter der Führung der UdSSR.¹ Das Ziel der kommunistischen Führung der DDR bestand darin, alle sozialen Lebensbereiche mit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung zu durchdringen. Die marxistisch-leninistische Erziehung in der DDR gründete sich konkret auf zwei Säulen: das sozialistische Kollektiv und das einzelne Individuum. Der Einzelne sollte zu weltanschaulichen und moralischen Werten erzogen werden, mit denen er sich in den Dienst des sozialistischen Kollektivs stellt. Dieses Individuum bezeichnete man als die „entwickelte sozialistische Persönlichkeit“. Die „entwickelte sozialistische Persönlichkeit“ stand in der historisch-materialistischen Betrachtungsweise zwischen dem überwundenen „bürgerlichen Subjekt“ und dem „kommunistischen Menschen“.

In gewisser Weise wurde im Begriff der „entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“ ein Selbstwiderspruch permanent gemacht: Konkret beinhaltete die „entwickelte sozialistische Persönlichkeit“ Werte wie Selbstständigkeit (heute würde man sagen Eigenverantwortung), Disziplin (bzw. Motivation und effektives, zielorientiertes Handeln) und Individualität (bzw. Kompetenz, Durchsetzungskraft, freiheitliches Handeln). Dabei handelt es sich um traditionelle „bürgerliche“ Werte, die für die Aufrechterhaltung einer industriellen Gesellschaft unabdinglich sind. Innerhalb der marxistisch-leninistischen Weltanschauungsdoktrin erfuhren diese Werte eine radikale Umwertung: sie zeichneten nun die im Kollektiv mit dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln aufgegangene „entwickelte sozialistische Persönlichkeit“ aus. Individualität besagt jetzt, im sozialistischen Kollektiv vollständig integriert zu sein und seine Arbeitskraft zum Wohl aller, sprich für den Aufbau des Sozialismus, einzusetzen.

Individuelle Freiheit wird als Einsicht in die Notwendigkeit der Arbeit des jeweiligen sozialistischen Kollektivs, in dem man tätig ist, begriffen. Insofern der Einzelne „nur“ selbständig und diszipliniert ist bzw. Individualität besitzt (d. h. eine „eigene Meinung“ hatte), insofern hat er noch nicht zu einem Klassenstandpunkt gefunden. Hat er aber zu seinem Klassenstandpunkt gefunden, so bedeutete das de facto die Aufgabe jeglicher Individualität. Die kommunistische Führung benötigte für die Herausbildung ihrer wissenschaftlichen Eliten starke und individuelle Persönlichkeiten, die darum aber auch umso mehr im Sinne der marxistisch-leninistischen Doktrin erzogen werden musste. Die Erzie-

¹ In China (Maoismus), Kuba und Nordkorea wurden z. T. stark abweichende kommunistische Weltbilder entworfen, die der sozialen und kulturellen Historie geschuldet waren.

hung zur „entwickelten sozialistischen Persönlichkeit“ begann bereits in der Schule. Ab den mittleren Klassenstufen gab es das Fach „Staatsbürgerkundeunterricht“, das die Schüler mit den Grundlagen des Marxismus-Leninismus vertraut machte. Aber auch der Geschichts- und Geographieunterricht waren durch die materialistisch-historische Weltanschauung mit der ihr eigenen Dialektik der Entfaltung des Widerspruchs zwischen Produktionsmitteln und Produktionsverhältnissen geprägt. Auf der Erweiterten Polytechnischen Oberschule (Abiturstufe) wurden insbesondere die Kenntnisse zur Geschichte der DDR und der SED vertieft und das ML-Wissen auf eine breitere theoretische Basis gestellt. Auf den Universitäten und Hochschulen war Marxismus-Leninismus (von den Studierenden kurz „ML“ genannt) in jedem Studienfach Pflichtfach. Jedes einzelne Studium (von der Germanistik bis zum Bauingenieur) hatte seinen Platz in der marxistisch-leninistischen Doktrin, was wiederum einen erheblichen Forschungsbedarf nach plausiblen Schnittstellen nach sich zog. Dies war die Aufgabe der in den 50er Jahren eigens eingerichteten Marxismus-Leninismus-Institute (mit den Sektionen „Marxistisch-leninistische Philosophie, „Politische Ökonomie“ und „Wissenschaftlicher Kommunismus“²).

In der vorliegenden Bachelorarbeit werden im ersten Teil die Lehrinhalte des ML-Unterrichts an den Hoch- und Fachschulen in ihren Grundzügen dargestellt. Dabei soll sowohl deren ideologische Erziehungsfunktion als auch ihre Legitimitätsfunktion für die Politik der SED hervorgehoben werden. Da die Dokumente inhaltlich in sehr starkem Maße redundant sind und die allmähliche Durchsetzung des Marxismus-Leninismus unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen nicht nachgezeichnet werden kann, beschränkt sich die vorliegende Arbeit auf den Zeitraum Ende der 80er Jahre. Im zweiten Teil werden am Fallbeispiel der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ an der Karl-Marx-Universität Leipzig die Studierenden und die Lehrstrategien näher untersucht. Abschließend sollen die Ergebnisse einer historischen Bewertung unterzogen werden.

²

Diese Studienrichtung gab es nur an der Karl-Marx-Universität Leipzig.

1 Die marxistisch-leninistische Weltanschauung als Bildungsziel an Hoch- und Fachschulen

1.1 Der Stellenwert der Pädagogik im Marxismus-Leninismus

Die marxistische-leninistische Pädagogik hatte die Erziehung zur entwickelten sozialistischen Persönlichkeit zum Gegenstand. Dazu musste sie zunächst ihre eigene Position innerhalb der Wissenschaften reflektieren, und das hieß wiederum, ihren Stellenwert beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu klären:

Die Entwicklung der sozialistischen Pädagogik als Wissenschaft ist gerade unter den neuen Bedingungen nur möglich, wenn sie in die Gesamtheit der Wissenschaften eingeordnet ist, die die sozialistische Persönlichkeit untersuchen, wenn sie alle jene Erkenntnisse aufgreift und verarbeitet, die für effektive pädagogische Prozessgestaltung in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft erforderlich sind. Eine solche Weite des wissenschaftlichen Horizonts und der Betrachtungsweise kennzeichnet die marxistisch-leninistische Pädagogik wesentlich; sie macht eine präzisierte Gegenstandsbestimmung außerordentlich dringlich und bedingt auch neue Anforderungen an Strategie und Qualität des pädagogischen Denkens und Forschens.³

In der pädagogischen Wissenschaft der ehemaligen DDR überkreuzten sich somit ideologische Ziellinien, die dem unweigerlichen Sieg des Marxismus-Leninismus über den Kapitalismus geschuldet waren, mit eminent praktischen Problemen, wie man sie auch aus der „bürgerlichen Pädagogik“ kennt. Einerseits war die historische Durchsetzung des Marxismus-Leninismus gemäß der Doktrin des materialistisch-dialektischen Materialismus unaufhaltsam. Das schloss die Entwicklung allseits entwickelter sozialistischer Persönlichkeiten ein. Man fasste das als eine gesetzmäßig verlaufende gesellschaftliche Entwicklung auf. Andererseits gab es diese Menschen noch nicht, man musste sie zu „sozialistischen Persönlichkeiten“ erziehen. Hier wird bereits ein Grundwiderspruch der marxistisch-leninistischen Pädagogik deutlich: Das erzieherische Ziel wurde vorausgesetzt, es konnte historisch betrachtet nicht verfehlt werden, und musste dennoch erst mit den geeigneten pädagogischen Mitteln und Methoden, die auf individual-psychologische Erkenntnisse Rücksicht nehmen, durchgesetzt werden:

³ Neuner 1973: S. 1158.

Für diese Systembetrachtung pädagogischer Prozesse ist wesentlich: Einerseits wurzeln pädagogische Prozesse, wie gezeigt, im Gesellschaftlichen, werden durch gesellschaftliche Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten entscheidend bestimmt und sind mit gesellschaftlichen Prozessen, auch gesellschaftlichen Erziehungsprozessen, eng und wechselseitig verbunden. Andererseits sind sie letztendlich, insoweit sie tatsächlich wirksam sind, Prozesse individueller Persönlichkeitsentwicklung. Es genügt für die Gestaltung pädagogischer Prozesse nicht, zu wissen, nach welchen allgemeinen gesellschaftlichen Gesetzen sich ein bestimmter gesellschaftlich-sozialer Typ der Persönlichkeit herausbildet. Sie muss zu den spezifischen Mechanismen vordringen, die bewirken, dass sich das konkrete Individuum das gesellschaftlich-soziale Wesen aneignet oder nicht aneignet, und feststellen, welche konkrete Aktivität das pädagogische Subjekt, das Kind, der Jugendliche, der Erwachsene entwickelt. Ebenso falsch wäre es aber, pädagogische Prozesse schlechthin auf der Ebene des Individuellen anzusiedeln, sie mit psychischen Prozessabläufen gleichzusetzen, mit ihnen zu identifizieren und linear auf psychische Gesetzmäßigkeiten zurückzuführen.⁴

Diese wissenschaftstheoretische Konstellation verbürgt bereits ein Potential an rhetorischen Überformungen und Verschleierungen über den tatsächlichen Stand der sozialistischen Bewusstseinsbildung unter der Bevölkerung. Im Großen und Ganzen wurden die im Sozialismus lebenden Menschen bereits als „entwickelte sozialistische Persönlichkeiten“ verstanden, um den Fortschritt des Sozialismus zu dokumentieren. Das theoretische Begründungsparadox bzw. -defizit birgt aber auch – wie die tagtägliche Praxis der Erziehung zeigte – ein wirksames disziplinarisches Instrument: Wenn z. B. ein Arbeiter die Anschauungen des Marxismus-Leninismus angesichts der tatsächlichen Arbeitsverhältnisse (Lieferengpässe, Planfälschungen, Motivationslosigkeit) anzweifelte, so konnte man ihm den moralischen Vorwurf machen, sich absichtlich gegen das Menschenbild zu wenden, das er doch selber, in der sozialistischen Gesellschaft lebend, verkörpert:

In der Erziehungswissenschaft, die nach offizieller Lesart Gesellschaftswissenschaft war, stand das Verhältnis von Objektivität und Parteilichkeit im Zentrum der unter maßgeblicher Beteiligung von (Erziehungs-)Wissenschaftlern [...] geführten ideologischen Kampagne. Die Kernfrage sei, so wurde immer wieder betont, dass jede Wissenschaft in den „erbitterten Kampf“ gestellt sei. Wer es ablehnt, sich mit der Weltanschauung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei, dem dialektischen Materialismus auseinanderzusetzen oder sie als fortschrittlichste Weltanschauung anzuerkennen, reinzuhalten und zu verteidigen, sei ein „Objektivist“. Die „wirkliche objektive Wahrheit“ ergreife „Partei für den Fortschritt der Menschheit“. Gefordert wurde Parteilichkeit in der Wissenschaft, den „Objektivismus“ gelte es zu bekämpfen.⁵

⁴

Ebd.: S. 1160.

⁵

John 1998: S. 23.

Ließ man sich in diesem Sinne nicht erziehen, so war dies ein moralischer Verrat am Kollektiv, den Arbeitskollegen, der Nachbarschaft, den Mitschülern. Diese wurden zu derartigen Denunziationen auch ausgenutzt. Andererseits konnte die Parteiführung den Bewusstseinsstand der „Arbeiter, der Bauern und der Intelligenz“ fortgeschrittener interpretieren, als es tatsächlich der Fall war, um die Verwirklichung ihrer Zielvorgaben und Richtlinien in der Öffentlichkeit unter Beweis zu stellen. Die Interpretation erfolgte jeweils aus machtpolitischen Erwägungen heraus und war im Einzelfall von reiner Willkür nicht frei. Sie beschränkte sich damit nicht nur auf Kinder und Jugendliche, sondern auf den ganzen Menschen während seiner gesamten Lebenszeit – dies ist ein Konzept, das in der modernen Pädagogik unter dem Namen „Erwachsenenpädagogik“ firmiert.

1.2 Analyse der bildungspolitischen bzw. ideologischen Ziele

Die Hochschulen und Fachschulen der DDR wurden unter dem Bildungsweg I und II zusammengefasst. Sie umfassten das Direkt-, das Fern-, das Abendsudium sowie kombinierte Formen. Um den ideologischen Gehalt der bildungspolitischen Ziele der DDR aufzuweisen, wird im Folgenden die letzte vom Minister für Hoch- und Fachschulbildung verabschiedete Richtlinie zur Durchführung des marxistisch-leninistischen Unterrichts an Fachschulen analysiert. An den Fachschulen unterrichteten Lehrer für Marxismus-Leninismus, die ihr Studium an einer Universität absolviert hatten.

Das Lehrprogramm „Grundlagen des Marxismus-Leninismus an Fachschulen der DDR“ wurde von der Zentralen Fachkommission für Marxismus-Leninismus und der Zentralen Fachkommission Wirtschaftswissenschaften beim Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen erarbeitet und im Februar 1989 vom damaligen Minister für Hoch- und Fachschulwesen Böhme bestätigt.⁶ In der Präambel werden folgende zentrale Punkte hervorgehoben:

- Vermittlung und Aneignung der marxistisch-leninistischen Weltanschauung;
- Bildung und Erziehung sozialistischer Persönlichkeiten;
- hohe Parteilichkeit für die Stärkung der DDR, der Schutz des Friedens und der Errungenschaften des Sozialismus.

Diese übergeordneten Ziele werden eng an die Beschlüsse des XI. Parteitags geknüpft. Die

⁶ Dokument 1018/89 des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen.

Geschichte und die Ziele der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) finden insgesamt viermal Erwähnung.⁷ Die 40-jährige Geschichte der DDR soll damit in die Lehre des dialektisch-historischen Materialismus eingebettet werden. Die DDR wird, als politischer Staat, letztlich in einen gesetzmäßig verlaufenden geschichtlichen Prozess eingebettet, aus dem sie ihre Legitimität bezieht. Dies zeigt sich an den drei grundlegenden Inhalten:

- Grundwissen des Marxismus-Leninismus,
- Grundlehren der Geschichte der Arbeiterbewegung und
- Geschichte der SED.

Das Studium des Marxismus-Leninismus sollte über die Überzeugung, dass der Sozialismus die einzig gangbare Alternative zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist, auch zu einer Identifizierung mit den gegebenen politischen Zielen der DDR führen:

Die Vermittlung und Aneignung von Grundlagen der wissenschaftlichen Weltanschauung der Arbeiterklasse und der Politik der SED muss mit dem Ziel geführt werden, sozialistische Grundüberzeugungen, insbesondere sozialistischen Patriotismus und proletarischen Internationalismus, als Wertvorstellung und sozialistische Lebenshaltung herauszubilden und den Marxismus-Leninismus als Anleitung zum schöpferischen Handeln zu verstehen.⁸

Diese abstrakten bildungspolitischen Ziele wurden an den konkreten Zeitumständen festgemacht. Die Präambel leitet unmittelbar zur aktuellen politischen Strategie des DDR-Staates und zu Außenpolitik der Ostblockstaaten unter Führung der Sowjetunion über. Auffällig ist auch hier, dass sich Wissenschaft, Politik und Pädagogik gegenseitig durchdringen, z. B. in dem Satz: „Das erfordert die wissenschaftliche, politische und emotionale Ausprägung folgender Erkenntnisse und Überzeugungen [...]“. Die einzelnen Wissenschaften, die Politik und die Pädagogik sind zwar unterschiedliche Wirklichkeitsbereiche, werden aber von vornherein in einer Einheit verstanden. Diese Einheit wird vorausgesetzt und leitet sich wiederum aus grundlegenden marxistisch-leninistischen Überzeugungen

⁷ Die SED repräsentierte die Arbeiterklasse, die Diktatur des Proletariats. Vom Zentralsekretariat der SED gingen alle wesentlichen Beschlüsse aus. Diese waren praktisch identisch mit der Politik der durch die Volkskammer gewählten Regierungsvertreter. In der Volkskammer saßen auch Vertreter der sogenannten „Blockparteien“ CDU (Christlich Demokratische Union), LPDP (Liberal Demokratische Partei Deutschlands), NPDP (National Demokratische Partei Deutschlands) und DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands). Damit sollten jene Schichten, die nicht der Arbeiterklasse zugehörten (Intelligenz, kleine Selbstständige, Rest-Bürgerliche, Bauern) in das politische System eingebunden werden. Faktisch hatten die Blockparteien jedoch nur einen marginalen Einfluss auf die Regierungsarbeit.

⁸ Grundlagen des Marxismus-Leninismus an Fachschulen der DDR (1989): S. 5.

und der Notwendigkeit des weiteren Aufbaus der DDR ab. Aktuell wurden die Studierenden der Fachschulen mit außen- und innenpolitischen Themen konfrontiert wie z. B. die Gefahr eines nuklearen Krieges in der Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und der USA oder die Bedeutung des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts:

(1) Die Sicherung des Weltfriedens und die Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz sind infolge der Gefahr thermonuklearer Konflikte durch den Kurs der reaktionären Kreise des aggressiven Monopolkapitals zur Voraussetzung für die Existenz der Menschheit und den sozialen Fortschritt geworden; das Programm des Sozialismus für Frieden, Sicherheit und Abrüstung ist die gemeinsame Grundlage für das Handeln aller Kräfte des Friedens, der Vernunft und des Realismus sowie Voraussetzung und Bedingung für die Lösung globaler Probleme der Menschheit.⁹

Ein zentrales außenpolitisches Thema war in den 80er Jahren die Politik der friedlichen Koexistenz. An dem ideologischen Anspruch, dass sich der Kommunismus weltweit durchsetzen wird, hielt man zwar fest, faktisch erkannte man jedoch die Existenz der kapitalistischen Staaten angesichts der gegenseitigen thermonuklearen Bedrohung an. Die politische „Schuld“ an dieser Entwicklung lag bei den Westmächten, dem „aggressiven Monopolkapital“, womit konkret die großen Rüstungsfirmen gemeint waren. Die Sicherung des Weltfriedens ging demnach von den sozialistischen Staaten und aller anderen „Kräfte des Friedens, der Vernunft und des Realismus“ aus. Damit wurde implizit gesagt, dass auch andere Friedensbewegungen, z. B. in Form von NGOs, sich auf der Seite der sozialistischen Staaten befanden und früher oder später auch zur einzig wahren Weltanschauung gelangen würden. Die Herstellung des Weltfriedens war ein wesentlicher Inhalt der sich weltweit durchsetzenden kommunistischen Idee, wodurch sich der Ring zur Ideologie wieder schließt. In die Formulierung wurden auch die „globalen Probleme der Menschheit“ aufgenommen. Damit waren die Reduzierung der hungernden Weltbevölkerung, die Versorgung mit Trinkwasser sowie mit medizinischen und bildungstechnischen Gütern gemeint. Die Globalisierung, wie man sie heute versteht, breitete sich erst mit dem Zusammenbruch des Ostblocks ungehindert aus.

Die ökonomische Überlegenheit der westeuropäischen Staaten und der USA wurde nicht explizit angesprochen, sondern innerhalb des „welthistorischen Kampfes“ der überholten Gesellschaftsordnung des Kapitalismus gegen den Sozialismus kontextualisiert. Bei den Studierenden sollte der Eindruck entstehen, dass die ökonomische Überlegenheit der Westmächte nur Ausdruck eines letzten, aber ernstzunehmenden Versuchs der kapitalisti-

⁹ Ebd.: S. 6.

schen Gesellschaftsordnung ist, den „Siegeslauf des Sozialismus“ (Honecker 1989 beim Besuch Gorbatschows) aufzuhalten. Eben weil der technologische Fortschritt des Westens nicht zu leugnen ist, sei Lenins Theorie, demnach der Kapitalismus in seiner letzten Phase imperialistische Züge annimmt, umso wahrer:

(2) Die Leninsche Theorie über das Wesen des Imperialismus hat sich in der Praxis bis in die Gegenwart als richtig und gültig erwiesen; in seiner Entwicklung ist der Imperialismus heute entscheidend geprägt durch eine zunehmende Auseinandersetzung mit dem Sozialismus, die Verschärfung der inneren wirtschaftlichen, sozialen und daraus resultierenden politischen Widersprüche infolge der profitorientierten Entwicklung und Nutzung der modernen Produktivkräfte unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, die Verstärkung der Ungleichmäßigkeit seiner ökonomischen und politischen Entwicklung sowie durch fortschreitende Differenzierungsprozesse innerhalb der Monopolbourgeoisie.¹⁰

Der Hintergrund dieses bildungspolitischen Ziels bildet die wirtschaftliche Lage der DDR Ende der 80er Jahre. Die Industrieanlagen befanden sich auf einem technologischen Stand der 60er Jahre (oder noch älter). Gleichzeitig beobachtete man sehr genau die beginnende Revolution in der Computerindustrie. Dieses technologische Entwicklungspotenzial war in der DDR nicht vorhanden und man arbeitete fieberhaft daran, im IT-Bereich eigene Fachleute hervorzubringen. Die Führungskräfte der Partei wussten natürlich, dass den Studenten der Elektrotechnik und der Elektronik die technologischen Fortschritte des Westens nicht verborgen blieben. Sie wussten z. B., wie wichtig Computer für Rationalisierungsprozesse in der Industrie waren, dass die Entwicklung auf der Produktion von immer kleineren und leistungsfähigeren Chips beruht und die DDR auf diesem Gebiet nicht viel vorzuweisen hatte. Den Studenten sollte letztlich die Überzeugung vermittelt werden, dass der technologische Fortschritt des Westens das dortige politische System in immer stärkere systemimmanente Widersprüche verwickeln würde (Erzeugung von Massenarbeitslosigkeit durch Rationalisierung des Arbeitsprozesses), woran es schließlich zugrundegeht. Die transportierte Botschaft war: ‚Der Chip liegt in den falschen Händen, eigentlich (d. h. historisch betrachtet) gehört er uns.‘

Gemäß dieses pädagogische Vorgehens von einer Überzeugung, die sich als entwicklungsgeschichtliche Logik ausgibt, und einer entwicklungsgeschichtlichen Logik, die die Überzeugung verfestigen soll, wird im folgenden Abschnitt auf die Erfolge der „sozialistischen Gesellschaft“ eingegangen, die seit dem VIII. Parteitag der SED von 1971 für

¹⁰ Ebd.

die Bevölkerung auch sichtbar wurden.

(3) Die Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft ist seit dem VIII. Parteitag der SED und dem vom XI. Parteitag der SED eingeleiteten qualitativ neuen Abschnitt ein historisch langfristiger Prozess tiefgreifender Wandlungen, in dessen Verlauf der Sozialismus seine Vorzüge immer wirksamer mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution verbindet, seine Triebkräfte des gesellschaftlichen Fortschritts im friedlichen Wettstreit der Systeme entfaltet und so seine prinzipielle Überlegenheit über den Imperialismus nachweist.¹¹

Der neu gewählte Generalsekretär Honecker verkündet auf dem VIII. Parteitag die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Ein zentraler Bestandteil war dabei ein groß aufgelegtes Wohnungsbauprogramm in den Städten.¹² Die Bevölkerung sollte vor allem durch umfangreiche Sozialleistungen und eine breitere Auswahl bei Gütern des alltäglichen Bedarfs an die Vorzüge des Sozialismus gewöhnt werden. Faktisch konnte jedoch die Wirtschaftsleistung die Sozialpolitik nicht decken. Dies wurde der Öffentlichkeit natürlich nicht transparent gemacht. Die Formulierung „ein Prozess tiefgreifender Wandlungen“ könnte hier auch die Funktion haben, bestehende Zweifel zu absorbieren; es handele sich eben um einen Prozess, in dessen Mitte man sich befinde, der aber, weil man bereits soweit gekommen sei, keinen Zweifel am Erfolg ließe. Die „sozialistischen Errungenschaften“ bzw. „Vorzüge“, die mit der Fortführung und dem Ausbau der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sichtbar wurden, wiegten die Bevölkerung in einer falschen Sicherheit. Auffällig ist an diesem dritten bildungspolitischen Ziel, dass die „Vorzüge“ des Sozialismus „immer wirksamer mit den Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution“ verbunden werden und er somit seine „prinzipielle Überlegenheit“ „im friedlichen Wettstreit der Systeme“ zur Entfaltung bringt. Hier ist wiederum eine Argumentation gegen natürliche Einwände bzw. kritische Studenten versteckt. De facto konnte man nämlich auf die überlegenen Technologien des Westens verweisen; dies wird in dieser Formulierung auch nicht geleugnet, doch sei die sozialistische Gesellschaftsordnung mit ihrem vergesellschafteten Eigentum eben vom „Prinzip“ her überlegen, was sich früher oder später auch in vorweisbaren Ergebnissen zeigen werden. Die Kampfesrhetorik ist in dieser „weichen Überzeugungsarbeit“ partiell zurückgenommen. Die transportierte pädagogische Bot-

¹¹ Ebd.

¹² Es handelte sich mehrheitlich um „Plattenbauten“. Die Wohnungen verfügten über Bad / Dusche und eine Inntoilette, was für die damaligen Wohnverhältnisse einen gehobenen Standard bedeutete. Insbesondere hohe Angestellte wohnten in den Neubau-Siedlungen, während die Altbausubstanz der Städte zunehmend verrottete.

schaft ist, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt im Sozialismus in den Dienst der Bevölkerung gestellt wird. Dieses Ziel musste von den Studierenden positiv bewertet werden und bezieht daraus eine politische Legitimität, die auch ohne ideologische Rhetorik auskommt.

Im nächsten Abschnitt tritt die ideologische Komponente wieder deutlich hervor:

(4) Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik ist das Hauptkampffeld und Kern der ökonomischen Strategie der SED. Sie erfordert dynamisches Wirtschaftswachstum, umfassende Intensivierung und die Anwendung von Schlüsseltechnologien auf der Basis der immer engeren Verbindung von Wissenschaft und Produktion als grundlegende Bedingungen für die Erfüllung des Sinns des Sozialismus „Alles zu tun für das Wohl und das Glück des Volkes“.¹³

Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik sei „das Hauptkampffeld und Kern der ökonomischen Strategie der SED“. Nachdem also bei den Studierenden ein Werturteil evoziert wird, demnach es gut sei, den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zum Wohle der Bevölkerung zu nutzen, wird daran erinnert, dass es die SED ist, die diesen Wert vertritt, was man exemplarisch an der von ihr verfolgten Wirtschafts- und Sozialpolitik erkennen könne. Die Studierenden werden jetzt in ihrer Aufgabe angesprochen, die sie durch ihr Studium für die Entwicklung des sozialistischen Staates haben. Denn die ökonomische Strategie der SED erfordere „dynamisches Wirtschaftswachstum, umfassende Intensivierung und die Anwendung von Schlüsseltechnologien“. Dies habe auf der Basis der immer engeren „Verbindung von „Wissenschaft und Produktion“ zu geschehen. Eben die Indienststellung der Wissenschaft für wirtschaftliche Interessen macht man dem Kapitalismus zum ethisch-moralischen Vorwurf: was dort Ausdruck eines blinden Strebens nach Profitmaximierung sei, widerspiegele *hier* jedoch die „Erfüllung des Sinns des Sozialismus“, der darin besteht, alles für das „das Wohl und das Glück des Volkes“ zu tun. Damit wird den Studierenden suggeriert, sich durch ihr Studium und ihre spätere Arbeit in den Dienst am Volk zu stellen.

Der drittletzte Abschnitt fasst die bildungspolitischen Ziele zusammen:

(5) Die sozialistische Gesellschaft entwickelt sich als einheitlicher sozialer Organismus, in dem sich die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft weiter entfalten. In diesem Zusammenhang gewinnen Wissenschaft und Bildung als Wachstumsfaktoren sowie die Ausprägung individueller Fähigkeiten und das Hervorbrin-

¹³ Grundlagen des Marxismus-Leninismus an Fachschulen der DDR (1989): S. 7.

gen von Spitzenleistungen zunehmende Bedeutung.¹⁴

Die bildungspolitischen Ziele werden jetzt in dem Bild der sozialistischen Gesellschaft von einem sozialen „Organismus“ verdichtet. Auffällig ist hier die Verwendung des Worts „Organismus“, eine biologistische Metapher, die das Leben in seiner Totalität bezeichnet, hier aber die Einheit der verschiedenen Bereiche der Gesellschaft – Wissenschaft, Arbeit, sozialer und familiärer Lebensalltag – bezeichnen soll. Explizit tritt jetzt (an fünfter Stelle!) der fachliche Aspekt hervor. Wissenschaft und Bildung seien „Wachstumsfaktoren“, wobei die „Ausprägung individueller Fähigkeiten und das Hervorbringen von Spitzenleistungen zunehmende Bedeutung“ gewinnen. Zunächst wird also der „Organismus“, der totalitäre Volkskörper bzw. die sozialistische Gesellschaft hervorgehoben, erst im Anschluss wird als bildungspolitisches Ziel auch die Entfaltung von „Individualität“ formuliert.

Die letzten beiden Abschnitte schlagen wiederum den Bogen zur welthistorischen Entwicklung des Sozialismus und den aktuellen Konfliktlinien zum Imperialismus:

(6) Der Sozialismus verwirklicht durch die schöpferischen Initiativen des Volkes unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse im Bündnis mit den befreundeten Parteien und den Massenorganisationen Demokratie, Freiheit und Menschenrechte, während der Imperialismus diese Prinzipien millionenfach verletzt und mit Füßen tritt.

(7) Der proletarische Internationalismus, das brüderliche Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft, die Vertiefung der sozialistischen ökonomischen Integration und Zusammenarbeit sind ein festes Fundament für die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und Garantie für die Sicherung des Friedens.¹⁵

Die ideologische Komponente überwiegt: Der Studierende versteht sich jetzt als Teil der „schöpferischen Initiativen des Volkes“, die von der marxistisch-leninistischen Partei der Arbeiterklasse geführt werden. Wert wird auf die Unterscheidung von „Volk“ und „Arbeiterklasse“ gelegt, wodurch die Politik der SED legitimiert werden soll. Eben weil die Arbeiterklasse unter Führung der SED mit den „befreundeten Parteien und den Massenorganisationen¹⁶ Demokratie, Freiheit und Menschenrechte“ verwirkliche, sei der sozialistische Staat demokratischer als die kapitalistischen Staaten, die die demokratischen Prinzipien im

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Ebd.

¹⁶ Die größten Massenorganisationen in der DDR waren der FDGB (Freier Deutscher Gewerkschaftsbund) und die FDJ (Freie Deutsche Jugend).

Gegenteil „mit Füßen“ träten. Dies gelte für die „anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft“ insgesamt, wobei explizit das „brüderliche Bündnis mit der Sowjetunion“ hervorgehoben wird. Appelliert wird an das Prinzip des „proletarischen Internationalismus“, das die „sozialistische ökonomische Integration und Zusammenarbeit“ vertiefen soll. Die Formulierung der bildungspolitischen Ziele endet mit der „Sicherung des Friedens“.

In der Spätphase der DDR warf die Umsetzung dieser bildungspolitischen Ziele zunehmend Probleme auf. Kritisch eingestellten Studenten, die den Marxismus-Leninismus ernst nahmen, musste gerade die zirkuläre Struktur und die Kurzschlüssigkeit in den theoretischen Begründungen aufstoßen. Eher unkritische Studenten fanden in ihrer unmittelbaren Lebensumwelt wiederum nichts vor, was sie tatsächlich als Errungenschaft hätten antizipieren können. Sie hatten den Vergleich zu den 50er und 60er Jahren, in denen die DDR längst nicht den relativen Wohlstand der 70er und 80er Jahre aufwies, nicht mehr. Wie sollte man eine Plattenbausiedlung und die begrenzte Warenvielfalt gegen die „Ideologie des Imperialismus“¹⁷ verteidigen? Die Ideologie des Imperialismus war für den breiten Teil der Studenten in gewisser Weise nicht zu fassen, da ihre Sozialisation selber zum Teil über die Adaption westeuropäischer Jugendkulturen verlief und eine ausgeprägte Orientierung auf westdeutsche technische Konsumgüter vorhanden war.

Das marxistisch-leninistische Lehrprogramm von 1989 für Fachschulen blendet diese Orientierung aber vollständig aus, es ignoriert sie. Das Lehrprogramm knüpft an eine fiktive Sozialisation an, die für die DDR typisch hätte sein *können*, und leitet daraus die weitere Entwicklung des Verantwortungsbewusstseins der Studenten für die entwickelte sozialistische Gesellschaft ab. Dies schließt auch die Identifikation mit den Arbeiterklassen anderer Länder (proletarischer Internationalismus) ein. Im Grunde genommen besteht das Erziehungsziel in der Internalisierung eines auf ideeller Überzeugung und Identifikation mit politischen Zielvorstellungen beruhenden Wertesystems, das „schöpferische[s] Handeln“ ermöglichen soll.

1.3 Leitprinzipien zum Studium des Marxismus-Leninismus

Die Aufgabe für die Lehrkräfte an den Fachschulen bestand darin, das marxistisch-leninistische Grundlagenstadium auf einem der „Fachschulbildung entsprechenden wissenschaftlich-theoretischen und politisch-ideologischen Niveau mit hoher Bildungs- und Er-

¹⁷ Grundlagen des Marxismus-Leninismus an Fachschulen der DDR (1989): S. 5.

ziehungswirksamkeit zu gestalten.“¹⁸ Die unmittelbare Institution, vor der die Bildungserfolge abzurechnen waren, bildeten die Beschlüsse des XI. Parteitags (von 1986) und das Programm der SED. Die Lehrkräfte konnten dabei auf dem Staatsbürgerkundeunterricht aufbauen, der ab der 7. Klassenstufe bis zum Abitur unterrichtet wurde. Insbesondere auf der Abiturstufe stieg der „Wissenschaftlichkeitsgrad“ des Staatsbürgerkundeunterrichts. Zusätzlich wurde die Geschichte der SED einschließlich ihrer Parteitage ausführlich behandelt.¹⁹ Die Didaktik sollte an die „beruflichen, politischen und sozialen Erfahrungen sowie an [die] Interessen und Bedürfnisse“ der Studenten anknüpfen.²⁰ Als Lehrmethode kam dabei die dialektische Methode zum Tragen. Der Marxismus-Leninismus übernimmt zur Erklärung der Gesellschaft die Dialektik vom Widerspruch, in dem das Verneinte in der Lösung des Widerspruchs „aufgehoben“ ist. Der grundlegende Widerspruch aller Gesellschaften ist derjenige zwischen Produktionsmitteln und Produktionsverhältnissen. Die Produktionsmittel können sich ab einem bestimmten technologischen Stand nicht weiterentwickeln, wenn sich nicht auch die Produktionsverhältnisse ändern. Auf diese Weise kommt es zur Ablösung der Sklavenhaltergesellschaft durch die Feudalgesellschaft (vom Sklaven zum „frei“ arbeitenden Bauern), der Feudalgesellschaft durch die bürgerliche Gesellschaft (vom abhängigen Bauern zum „freien“ Industriearbeiter) und schließlich der bürgerlichen Gesellschaft durch den Sozialismus / Kommunismus (vom abhängigen, seiner Arbeit entfremdeten Industriearbeiter zur freien, sich durch die Arbeit verwirklichenden sozialistischen Persönlichkeit). Die Übergänge vollziehen sich durch Revolutionen bzw. sind von revolutionären Erscheinungen begleitet. Der Sozialismus stellt eine Übergangsform dar, in der der letzte große Widerspruch zwischen dem Privateigentum an Produktionsmitteln und den arbeitenden Massen gelöst ist, in der aber noch auf „bürgerliche“ Politik- und Organisationsformen wie den „Staat“ unter der Diktatur des Proletariats zurückgegriffen werden muss. Die dialektische Methode sollte den Studenten an einfachen, praxisnahen Beispielen nahegebracht werden; mitunter griff man dazu auch auf Analogien aus den Naturwissenschaften zurück. Aus didaktischer Sicht sollte das Prinzip „vom Konkreten zum Allgemeinen“ bei der Erklärung von gesellschaftlichen Veränderungen zur Anwendung kommen. Praktisch ging man jedoch meist den umgekehrten Weg: aus den allgemeinen Zielsetzungen des Marxismus-Leninismus und der SED-Führung leitete man die Erklärung der Wirklichkeit ab. Denn das oberste Ziel bestand darin, anhand der Dialektik

¹⁸ Ebd.: S. 7.

¹⁹ Vgl. Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss (1978).

²⁰ Grundlagen des Marxismus-Leninismus an Fachschulen der DDR (1989): S. 7.

gesellschaftlicher Zusammenhänge die „Strategie und Taktik der SED“²¹ den Studenten einsichtig zu machen. Die Textgrundlage bildeten ausgewählte Schriften von Marx, Engels und Lenin, Parteidokumente der SED sowie Dokumente der internationalen Arbeiterbewegung.

Großer Wert wird auf die „wachsende Aktivität und Selbständigkeit“ der Studenten während des Studiums gelegt. Die didaktische Ausgestaltung des Unterrichts ist als „politischer Erkenntnis- und Motivationsprozess zu gestalten“ und folgt damit der in den bildungspolitischen Zielen formulierten Wechselbeziehung und gegenseitigen Verstärkung zwischen (marxistischer-leninistischer) Grundüberzeugung und rationaler Einsicht (in die Gesetzmäßigkeit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung). Bei den Fachschulen wurde insbesondere versucht, „das Potential vorhandener praktischer Erfahrungen mit theoretischen Erkenntnissen des Marxismus-Leninismus“²² zu verbinden. Mit anderen Worten: die innere Bindung an den eigenen Beruf sollte später auch eine sozialistische Haltung zu der gesellschaftspolitischen Bedeutung des Berufs verbürgen. Die Fachschullehrer für Marxismus-Leninismus hatten daher mit den Fachschullehrern der anderen Lehrgebiete zusammenzuarbeiten. Wo immer es möglich war, sollten in den einzelnen Fächern damit verbundene ökonomische, sozialpolitische oder weltanschaulich-politische Probleme aufgeworfen und diskutiert werden.

Zu dem Zeitpunkt, an dem die Richtlinie 1018 / 89 zum marxistisch-leninistischen Unterricht an Fachschulen verabschiedet wurde, war man sich anscheinend der „Trockenheit“ und des offensichtlichen Desinteresses bei einem Großteil der Studenten bewusst. Darum wird ausdrücklich vermerkt, dass die Eigenverantwortung der Lehrkräfte für Marxismus-Leninismus bei der Verwirklichung des Lehrprogramms zu erhöhen sei. Eine „neue Qualität der lehrkonzeptionellen Arbeit“ sollte erreicht werden.²³ Zwar gab es einen Pflichtteil an Grundlagentexten, doch konnten die Direktoren in Absprache mit den Fachgruppenleitern für Marxismus-Leninismus jetzt selber Schwerpunkte setzen, den Anteil des Selbststudiums erhöhen und Wahlthemen erarbeiten, die berufsfeldspezifisch ausgerichtet waren. Die Seminare sollten in einer vertrauensvollen Atmosphäre stattfinden. Das heißt, dass kein Student Angst haben sollte, nicht die gewünschte Meinung zu vertreten. Das heißt aber nicht, dass es im Anschluss daran zu einer freien Diskussion kam. Widersprüche waren insofern erwünscht, als sie die Diskussion, in der das Ergebnis bereits feststand, lebendiger machten. In gewissem Sinne kann ja nur derjenige von dem „richtigen

²¹ Ebd.: S. 7 f.

²² Ebd.: S. 8.

²³ Ebd.: S. 9.

Weg“ überzeugt werden, der es eben noch nicht bzw. nicht ganz war. Problematisierungen bzw. Einwände, die aus dem unmittelbaren Lebensumfeld der Studenten kamen, sollten von den Lehrkräften nunmehr auch aufgegriffen werden. Dazu konnten sie auch ‚gestandene‘ SED-Mitglieder mit langjähriger Erfahrung in den Betrieben einladen. Wenn ein Student aber während der Diskussion sich nicht auch von der Richtigkeit der parteipolitischen Lösungen überzeugen ließ (bzw. sich überzeugt zeigte), hatte er ein Problem.

Ein weiterer Bestandteil des marxistisch-leninistischen Unterrichts war die Vermittlung von Grundlagen in der Zivilverteidigung, die innerhalb der Militärpolitik der DDR neben den „Kampfgruppen“ (eine Art paramilitärische Einheit, die sich aus Arbeitern und Angestellten der Betriebe zusammensetzte) einen festen Platz hatte. Im Falle eines Krieges zwischen den Ost- und Westmächten wäre die DDR (bzw. die BRD) der nächste Schauplatz der Auseinandersetzung gewesen. Deshalb wurde die junge Generation durch regelmäßige Übungen in Maßnahmen geschult, die im Ernstfall die Wehrhaftigkeit und das Überleben sichern sollten. Als weitere Stütze für das Gelingen des marxistisch-leninistischen Unterrichts wird die Zusammenarbeit mit der Jugendorganisation Freie Deutsche Jugend (FDJ) angeführt. Die FDJ versuchte, jugendspezifische Interessen (Sport, Musik) zu sammeln und weltanschaulich zu kanalisieren. Insofern muss die Zusammenarbeit der marxistisch-leninistischen Fakultäten mit der FDJ als partielle Bereicherung, mehr aber noch als Verstärkung der integrativen Funktion des Lehrkörpers verstanden werden. Die FDJ war wie jede andere Organisation der parteipolitischen Doktrin der SED gleichgeschaltet. Dies zeigt sich im folgenden Absatz, wonach die Lehrkräfte für Marxismus-Leninismus „die FDJ auch bei der Vorbereitung und Durchführung des FDJ-Studienjahres und in der Agitationsarbeit, besonders durch die Qualifizierung der Propagandisten und Agitatoren der FDJ-Leitungen“ unterstützen.²⁴ Die FDJ unterstützt die Lehrkräfte für Marxismus-Leninismus und die Lehrkräfte für Marxismus-Leninismus unterstützen die FDJ. Es handelt sich hierbei um künstlich aufgebaute Scheindifferenzen, um den Anschein einer Demokratie zu erwecken.

Der Aufbau des Grundstudiengangs an den Fachschulen folgte dem auch für Hochschulen verbindlichen Kursen in „Grundlagen des dialektischen und historischen Materialismus“ und „Grundlagen der Politischen Ökonomie des Kapitalismus und Sozialismus“. Danach musste eine Zwischenprüfung abgelegt werden. Der Aufbaukurs enthielt „Grundlagen des Wissenschaftlichen Sozialismus“ und „Grundlehren der Geschichte der Arbeiterbewegung“. Danach erfolgte die Abschlussprüfung nach der „Anordnung über die

²⁴ Ebd.: S. 10.

Durchführung von Prüfungen an Hoch- und Fachschulen“.²⁵ Die Gesamtstundenzahl belief sich auf 20 h in „Dialektisch-Historischer Ökonomie“, wobei bei einem Fernstudium noch einmal 8 h Konsultation hinzukamen. Das Teilgebiet „Politische Ökonomie“ belief sich bei technischen Abschlüssen auf 70 h und bei wirtschaftlichen Abschlüssen auf 120 h. Auch hier fielen zusätzliche Konsultationsstunden bei einem Fernstudium an. Das Teilgebiet „Grundlagen des Wissenschaftlichen Sozialismus“ wies eine Gesamtstundenzahl von 90 h bei technischen und von 100 h bei wirtschaftlichen Abschlüssen auf und nahm damit den breitesten Raum ein. In diesem Teilgebiet wurden auch die meisten aktuellen Bezüge zur führenden Rolle der SED hergestellt. Insgesamt lag die Stundenzahl für „ML“ bei Studenten technischer Fächer damit bei 180 h und bei Studenten wirtschaftlicher Fächer bei 240 h.²⁶

1.4 Lehrinhalte

1.4.1 Dialektischer und historischer Materialismus

Für Studenten technischer und wirtschaftlicher Fächer an Hochschulen gliederte sich das Studium des Marxismus-Leninismus in sechs Themenschwerpunkte. Bereits die Darstellung der Inhalte lassen Zweifel an der Wissenschaftlichkeit des Studiums aufkommen. Der Marxismus-Leninismus wird als Wissenschaft *und* Ideologie verstanden. Beides überkreuzt sich und übt bei einer näheren Analyse eine kompensatorische Wirkung aufeinander aus: Eben dort, wo sich wissenschaftliche Fragen, z. B. über die reale Lage der Arbeiterklasse in all ihren Lebensbezügen²⁷ und ihren Bewusstseinsstand auf tun, wird ihre historische Rolle unterstrichen, wobei die abstrakte, historische Rolle selber wiederum mit ausgewählten, historischen Situationen unterlegt wird. Es findet eine permanente Vermischung von Ist- mit Soll-Aussagen statt, was u. a. folgendes Zitat zeigt:

Der wissenschaftliche Charakter sozialistischer Ideologie [zeige sich darin], dass sie ein wissenschaftliches System darstellt, dessen grundlegende Bestandteile die marxistisch-leninistische Philosophie, die marxistisch-leninistische politische Ökonomie und der wissenschaftliche Kommunismus sind.²⁸

²⁵ Vgl. GBI, Teil I, Nr. 10 vom 27.02.1975.

²⁶ Vgl. Grundlagen des Marxismus-Leninismus an Fachschulen der DDR (1989): S. 11.

²⁷ Vgl. dazu E. P. Thompson (1964).

²⁸ Marxistisch-leninistische Philosophie (1982), S. 668. Berlin: Dietz-Verlag.

Die Überprüfung dieser Aussagen hatten diese zu bestätigen, weil sie sozusagen als ewige Wahrheiten galten. Die Untersuchung der vorraussetzungsreichen Annahmen einer so weitreichenden Theorie wurde damit von vornherein verkürzt, was den wissenschaftlichen Umgang mit dem Marxismus-Leninismus deformieren musste. John schreibt dazu treffend, dass es sich im Kern „um eine Tautologie von Grundsätzen [handelt], die so gehalten wurden, dass sie durch ihre Anwendung letztlich nur selbst rekonstruiert werden konnten.“²⁹ Das Sein bestimmt das Bewusstsein, heißt es bei Marx. Diese abstrakte Umkehrung der Vernunftphilosophie Hegels wird im dialektisch-historischen Materialismus weiter spezifiziert: demnach seien es die Produktionsverhältnisse, d. h. der Entwicklungsstand und das Eigentum an den Produktionsmitteln, die den „gesellschaftlichen Überbau“ bestimmen. Damit hatte Marx in erster Linie den bürgerlichen Staat im Blick, der die bestehenden Eigentumsverhältnisse durch Politik und Gesetzgebung schützt. Darüber hinaus ist aber die kapitalistische Welt in ihrer Totalität gemeint und umfasst alle Erscheinungen der Subjektivierung, der sozialen Lebenswelt und der Kultur. All dies fuße auf einem falschen Bewusstsein, wobei der ‚neue Mensch‘ aus dem theoretisch begründeten kommunistischen Gesellschaftsmodell einfach abgeleitet wird. Hierin, im Fehlen eines in der Gegenwart verwurzelten und anschaulichen Menschenbildes, liegt aber auch der Schwachpunkt der marxistischen Theorie, dem E. P. Thompson seine Forschungen gewidmet hat. Es ging ihm um die Frage, „wie sich die ‚objektiven‘ Strukturen der ökonomischen Produktionsweisen und der politischen Institutionen vermitteln mit der Kultur, der Moral, der Subjektivität und Kollektivität und mit dem praktischen Handeln und Aktivwerden der Menschen.“³⁰

Der klassische Marxismus versteht Geschichte als einen dialektischen Prozess, in dem sich die Produktionsmittel immer weiter entwickeln und die Produktionsverhältnisse in großen geschichtlichen Abständen revolutionieren: von der Sklavenhaltergesellschaft zum Feudalismus, vom Feudalismus zum Kapitalismus, vom Kapitalismus zum Kommunismus. Die entscheidende Kraft für die Durchsetzung neuer Produktionsverhältnisse ist der Klassenkampf, in der kapitalistischen Epoche ist es derjenige zwischen der Arbeiterklasse und dem Bürgertum. Der Klassenbegriff wird demnach doppelt gefasst: als theoretisches Konstrukt, das einer abstrakten Dialektik folgt, und als empirische Erscheinungsform von Subjekten in ähnlichen Lebenslagen. Diese Janusköpfigkeit führte im Marxismus dazu, dass unter dem Namen von konkreten Subjekten von der abstrakten geschichtlichen Kraft, und unter dem Namen der abstrakten geschichtlichen Kraft von konkreten Subjekten

²⁹ John 1998: S. 11.

³⁰ Vester 1980: 13.

gesprochen wurde.

Philosophischer Materialismus

In diesem Bereich wurde auf die philosophischen Grundlagen und geistigen Vorläufer bzw. Wegbereiter des dialektisch-historischen Materialismus eingegangen.³¹ Hierzu zählen alle Denker, die das Primat des Seins vor dem Bewusstsein herausstellten, wobei beides eine dialektische Einheit bildet. Das Sein bestimmt das Bewusstsein, das wiederum eine „schöpferische Rolle“ bei der Gestaltung des Seins innehat. Auf diese Weise wurde das gesamte philosophische Denken in materialistische und idealistische Strömungen eingeteilt. Philosophiegeschichtlich ist diese Trennung jedoch zweifelhaft. In den wichtigsten philosophischen Werken (z. B. desjenigen Hegels, der die dialektische Methode für die Philosophie durchsetzte) lassen sich zugleich materialistische und idealistische Denkfiguren ausmachen. Diese Denker wurden so interpretiert, dass sie das Fortschrittliche in ihren Werken eben nur im antiken, mittelalterlichen, frühbürgerlichen oder bürgerlichen Horizont ihrer Zeit zu interpretieren wussten und damit sozusagen hinter ihre eigenen Erkenntnisse zurückfielen. Am deutlichsten wird dieses Vorgehen an einem Zitat Marx', wonach er Hegel „vom Kopf auf die Füße“ gestellt habe. Im Mittelpunkt des „Philosophischen Materialismus“ stand Lenins Werk „Materialismus und Empirioskritizismus“,³² das einen eigenen Materiebegriff in Absetzung von dem auf empirischer Basis gewonnenen Materiebegriff der „bürgerlichen Wissenschaften“ entwickelte. Lenin charakterisiert hier die „Krise der modernen Physik“ als „Krise der bürgerlichen Weltanschauung“. Im Gegenteil seien es die neuesten Erkenntnisse der Naturwissenschaften, die den von Marx und Engel konzipierten Materiebegriff bestätigten. Lenin hebt die statische Gegenübersetzung von materieller und nicht-materieller Welt auf und vermittelt ihre Beziehung in einer dialektischen Bewegung. Die Widerspiegelung der Materie im Bewusstsein ist selber nur eine Erscheinungsform der Materie. Da Lenin sich mit dem Materiebegriff gegen die „bürgerliche Weltanschauung“ wendet, wonach das Bewusstsein die Welt gestaltet, konnte er in der Folge auch politisch instrumentalisiert werden. So wurde innerhalb des Unterrichts zum „Philosophischen Materialismus“ die Begründung erbracht, dass die Wissenschaftlichkeit und der Humanismus der SED im materialistischen Herangehen an die gesellschaftlichen Prozesse begründet ist. Die SED, in der sich die ‚richtige‘ Erkenntnis der Materie sedimen-

³¹ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Dialektischer und historischer Materialismus. Studienjahr 1989/90, S. 19 ff.

³² Lenin, W. I.: Materialismus und Empirioskritizismus. In: LW, Bd. 14.

tiert hat, wird damit zu derselben materiellen geschichtlichen Kraft, die die mit Notwendigkeit verlaufenden gesellschaftlichen Entwicklungsprozesse vorantreibt. Mit anderen Worten: Die Partei hat immer recht.

Die materialistische Dialektik als philosophische Entwicklungstheorie und als Methode zur Erkenntnis und Veränderung der Natur und Gesellschaft

Ziel dieser Themengruppe war es, den Studenten den dialektisch verlaufenden gesetzmäßigen Verlauf der Geschichte nahezubringen und ihn mit der „aktiven Rolle der SED“ zu verknüpfen. Hierbei werden die von der Dialektik beinhalteten philosophischen Kategorien „Wechselwirkung und Kausalität“, „Wesen und Erscheinung“ sowie „Möglichkeit und Wirklichkeit“ abgehandelt. Die Dialektik erklärt die Geschichte als eine Abfolge von antagonistischen und nicht-antagonistischen Widersprüchen. Erstere sind substanziell (die ausbeutende und die ausgebeutete Klasse), letztere gründen in einem falschen Bewusstsein (z. B. Kleinbürger vs. Arbeiter). Der antagonistische Widerspruch ist die Einheit und der Kampf von Gegensätzen, in dem eine Seite dialektisch negiert wird.³³ Der eigentlich politische Impetus eines gesetzmäßig verlaufenden Geschichtsprozesses liegt darin, dass die Erkenntnis dieser Gesetze den bewussten Umgang mit ihnen ermöglicht.³⁴ Dieser Umgang mit der Notwendigkeit markiert im Marxismus-Leninismus das innen- und außenpolitische Feld.³⁵ Aus der Erkenntnis der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen im Sozialismus und Kapitalismus resultiert somit der schöpferische Anteil in den von der SED (und der sowjetischen KPdSU) beschlossenen innen- und außenpolitischen Strategien. Textgrundlage bilden hier einzelne Werke von Engels und Marx.³⁶

Das Wesen der Erkenntnis und die Dialektik des Erkenntnisprozesses / wissenschaftliche

³³ Vgl. Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (Anti-Dühring), Kap. XII und XIII. In: MEW, Bd. 20.

³⁴ Vgl. Lenin, W. I.: Zur Frage der Dialektik. In: LW, Bd. 38 und Lenin, I.: Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trozki und Bucharins. Abschnitt: Dialektik und Eklektizismus, Schule und Apparat. In: LW, Bd. 32, S. 81–92.

³⁵ Genau hierin liegt aber auch das a-politische der marxistisch-leninistischen Politiktheorie. Die Politik wird durch ein Geschichtsverständnis präfiguriert, das den historischen Sieg des Kommunismus immer schon voraussetzt. Die marxistisch-leninistische Politiktheorie rechtfertigt die Politik der kommunistischen Partei, *indem* sie sich den Anschein gibt, das *Wie* von Politik zu untersuchen (vgl. Sternberger 1984).

³⁶ Engels, F.: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, Kap. IV. In: MEW, Bd. 21, S. 291–297; Engels, F.: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, Kap. II. In: MEW, Bd. 19, S. 202–209; Marx, K.: Das Kapital. Erster Band. Nachwort zur zweiten Auflage. In: MEW, Bd. 23, S. 18–28. Als Sekundärliteratur wurden z. B. Hager, Kurt: Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus. Berlin 1984 sowie das Lehrbuch „Dialektischer und historischer Materialismus“. Berlin 1988 hinzugezogen.

Erkenntnis und gesellschaftliche Praxis

Dieser Themenschwerpunkt beinhaltet die Erkenntnistheorie des Marxismus-Leninismus im engeren Sinn. Die Wahrheit wird als objektiv und prinzipiell erkennbar verstanden. Die Begründung erfolgt aber nicht aus rationalen bzw. sinnlichen Metaphysiken (idealistische Philosophie), sondern aus den Interessen sozialer Klassen und ihrer weltanschaulichen Grundposition. Da im Kapitalismus die Arbeiterklasse im Zentrum des Widerspruchs zwischen ausbeuterischen Produktionsverhältnissen und den Produktionsmitteln steht, ist nur von ihrem Standpunkt aus eine objektive Erkenntnis der Welt möglich. Damit grenzt sich die marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie sowohl gegen Dogmatismus, Subjektivismus und Relativismus auf der einen als auch gegen Skeptizismus und Agnostizismus auf der anderen Seite ab. Idealistische Erkenntnistheorien und ihre Kritiker sind beidermaßen wissenschaftsfeindlich.³⁷ Die Erkenntnistheorie gipfelt gemäß der dialektischen Konstruktion, wonach die Arbeiterklasse den geschichtlichen Prozess, in den sie involviert ist, selber erkennt, in der revolutionären Praxis. Sie dringt von der Erscheinung der Ausbeutung zu ihrem Wesen durch. Wer die Ausbeutungsverhältnisse des Kapitalismus erkannt hat, wird und muss in der Folge zum revolutionären Handeln finden. Die Studenten erarbeiten hierbei die Dialektik von „Erkenntnis und Praxis“ bzw., auf ihre Gegenwart bezogen, die Dialektik von „Wissenschaft und Produktion“. Das Ziel ist es letztlich, auf dialektischem Weg das Verhältnis von Klasseninteresse und Parteilichkeit zu entwickeln und die Studenten in ihrer späteren beruflichen Tätigkeit an die Interessen der Arbeiterklasse und ihre politische Führung, die SED, zu binden.³⁸

Der historische Materialismus als Lehre von den allgemeinen Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft

Im Mittelpunkt dieses Themenkomplexes steht das Verhältnis von Gesetzmäßigkeit und Freiheit. Freiheit sei keine Loslösung von den gesellschaftlichen Bedingungen wie in der bürgerlichen Ideologie, sondern die Aufhebung entfremdeter Arbeit und entfremdeten Bewusstseins. Das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln im Sozialismus hebt die Ausbeutung auf, wodurch die Arbeiter frei für ihre Arbeit werden und am weiteren Aufbau der sozialistischen Gesellschaft mitwirken können. Freiheit ist daher an das Klassenbe-

³⁷ Vgl. Lenin, Materialismus und Empirio-kritizismus. In: LW, Bd. 14.

³⁸ Vgl. Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag der SED. Abschnitt III, S. 49–54, und Abschnitt IV, S. 55–59, Berlin 1986.

wusstsein und die Entwicklung eines Klassenstandpunktes gebunden.³⁹ Aus dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln (die Basis) resultiert eine neue, d. h. geplante Produktionsweise, die die Grundlage aller sozialen, politischen und geistigen Prozesse der Gesellschaft ist (der Überbau). Diese radikale Umwandlung der Gesellschaft ist jedoch ein langfristiger Prozess, in dem Widersprüche in der Entwicklung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen unter Führung der Partei der Arbeiterklasse überwunden werden müssen. Darunter fallen z. B. solche, die mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt in Verbindung stehen (Rationalisierung der Produktion, Umweltproblematik⁴⁰). Um diese Probleme zu lösen, muss letztlich auch die dialektische Einheit von Sozialismus, sozialistischer Produktionsweise und Wissenschaft behauptet werden.⁴¹ Da es sich bei der Wissenschaft um eine letztlich gesellschaftliche Tätigkeit handelt, kann sie auch als Produktivkraft verstanden werden. Anders als im Kapitalismus werde die Wissenschaft durch die Einbettung in sozialistische Produktionsverhältnisse aber nicht antihuman ausgenutzt.

Materielle und ideelle Triebkräfte des geschichtlichen Handelns der Menschen

Der Klassenbegriff impliziert die Unversöhnlichkeit der Klassen. Es existiert im Marxismus-Leninismus keine politische oder soziale Vermittlung zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterklasse, wie das z. B. die Sozialdemokratie auszeichnet. Der Klassenbegriff impliziert den Klassenkampf: die Herrschenden in der kapitalistischen Gesellschaftsformation werden das Privateigentum an Produktionsmitteln unter allen Umständen aufrechterhalten wollen, während die arbeitenden Massen diese Produktionsverhältnisse überwinden suchen. Dies ist ihre „historische Mission“, da die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise auf revolutionärem Weg letztlich nur den Gesetzmäßigkeiten in der ökonomischen Entwicklung von Gesellschaften folgt. Das Wort „Mission“ verleiht der Formulierung einen quasi-religiösen Charakter, wodurch einer Geschichtsdeutung ein quasi unüberschreitbarer Horizont unterlegt wird. Die „historische Mission“ der Arbeiterklasse lässt

³⁹ Vgl. Engels, F.: Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, insbesondere Kap. IV. In: MEW, Bd. 21 sowie Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Gesellschaft (Anti-Dühring). In: MEW, Bd. 20.

⁴⁰ Die Umweltproblematik wurde in den 80er Jahren zunehmend virulent. Es handelte sich um ein Thema, das auch von Widerstandsgruppen aufgegriffen wurde. Eine Vorreiterrolle nahm hier die „Umweltbibliothek“ in Berlin ein. In Industriegebieten wie z. B. um Halle (Leuna- und Buna-Werke) und Bitterfeld waren die Menschen für heutige Verhältnisse extremen Umweltbelastungen ausgesetzt. Dass die Umweltproblematik in das Lehrmaterial (Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Dialektischer und historischer Materialismus. Studienjahr 1989/90, S. 54 f.) mit aufgenommen wurde, belegt, dass man zu diesem Zeitpunkt den kritischen Fragen der Studenten nicht länger ausweichen konnte.

⁴¹ Vgl. Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED (1986). Abschnitt IV, S. 55–59.

sich nicht hinterfragen, sie ist unleugbar, und in der Revolution wird die Machtfrage gelöst. Damit erhält der Terror der gesellschaftlichen Umwälzungen eine geschichtlich-religiöse Rechtfertigung.⁴² Dazu bedarf es einer marxistisch-leninistischen Partei, die das Handeln der arbeitenden Massen organisiert und führt.⁴³ Der Staat wird unter der „Diktatur des Proletariats“ zum wichtigsten Instrument beim Aufbau und der Verteidigung der sozialistischen Gesellschaft.⁴⁴ Somit steht die sozialistische Staatengemeinschaft der kapitalistischen Staatengemeinschaft gegenüber, die den entgegengesetzten Klassencharakter aufweist. Beispiele für Staatsauffassungen, die den Klassencharakter verschleiern, sind der Konservatismus, aber auch die totalitäre NS-Staatsdoktrin. Der sozialistische Staat ist eine Übergangsform; die weltweite Durchsetzung der kommunistischen Gesellschaftsform hebt den Staat als Macht- und Organisationsprinzip schließlich auf. Die „Diktatur des Proletariats“ unter Führung einer marxistisch-leninistischen Partei impliziert die „ideologische Arbeit“ in allen Teilen der sozialistischen Gesellschaft. Der Bestand, die Stärke und die politische Handlungsfähigkeit des sozialistischen Staates hängt maßgeblich davon ab, inwiefern das Klassenbewusstsein unter den Arbeitern, den Bauern und der Intelligenz entwickelt ist.⁴⁵ Das Klassenbewusstsein, d. h. das Verhältnis des Einzelnen zur sozialistischen Gesellschaft, findet seinen Ausdruck in der sozialistischen Moral. Sie ist Gegenstand der Erziehung zur entwickelten sozialistischen Persönlichkeit; verwirklichen kann sie sich jedoch erst in den sozialistischen Arbeitskollektiven und im sozialistischen Wettbewerb um hohe Leistungen in der Produktion.⁴⁶ Der freie Arbeiter verwirklicht hier seine Persönlichkeit, während der Wettbewerb im Kapitalismus die Persönlichkeit des Arbeiters zerstört.

Die Dialektik des Kampfes um Frieden und Menschheitsfortschritt / die Einheit von Sozialismus und Frieden / weltgeschichtliche Dimension und humanistischer Gehalt des Ringens um die Lösung der globalen Menschheitsprobleme

⁴² Der stalinistische Terror der 30er und 50er Jahre in den Gulags oder auch die Millionen Toten unter Lenin in seiner Regierungszeit von 1917–1924 wurden nicht thematisiert. Die Entwicklungen unter Stalin wurden als verfehlter „Personenkult“ beschrieben, ohne dass diese Entwicklung tiefer analysiert worden wäre. Diesbezügliche Forschungsaufträge wurden nur selten und nur an ausgesprochen parteitreue Wissenschaftler vergeben. Diese brachten jedoch wiederum nicht die wissenschaftliche Distanz mit, um derartige Themen zu bewältigen. Man betrieb „Geschichtsglättung“

⁴³ Vgl. Lenin, W. I.: Die große Initiative. In: Werke, Bd. 29, S. 408–421 und Dialektischer und historischer Materialismus (1988). Abschnitt 9.1 und 9.2.

⁴⁴ Vgl. Lenin, W. I.: Staat und Revolution. Vorwort zur ersten Auflage, Kap. I und V. In: LW, Bd. 25; Programm der SED, Abschnitt II/c, Berlin 1976 /1984; Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED (1986), S. 74–82.

⁴⁵ Vgl. Lenin, W. I.: Was tun? Abschnitt 1a, 1d und 2a, 2b. In: LW, Bd. 5; Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED (1986), Abschnitt 6; Dialektischer und historischer Materialismus (1988), Kap. 11.

⁴⁶ Vgl. Marx, K.: Thesen über Feuerbach. In: MEW, Bd. 3; Programm der SED, Abschnitt II/E. Berlin 1976/84; Dialektischer und historischer Materialismus (1988), Abschnitt 10.2, 10.3, 10.4 und 10.6.

Die äußerste und zugespitzte Ausdrucksform der antagonistischen Klassengesellschaften ist der Krieg.⁴⁷ Der Übergang des Kapitalismus in den Imperialismus, in dem das vorhandene Kapital bei wenigen großen Unternehmen (Monopolen) konzentriert ist, führt zu einer militaristischen Politik der USA und der NATO gegen die Sowjetunion und den mit ihr verbündeten „Bruderstaaten“. Die gegenwärtig (1989) einzig realistische Austragungsform des antagonistischen Grundwiderspruchs sei die friedliche Koexistenz (vor dem Hintergrund, dass ein Atomkrieg beide Seiten vernichten würde). Die Sicherung des Weltfriedens ist die Voraussetzung dafür, dass die historische Mission der Arbeiterklasse verwirklicht werden kann. Dazu muss die Abrüstungspolitik massiv vorangetrieben werden.⁴⁸ Die Abrüstung, die damit verbundene internationale Entspannung und frei werdenden finanziellen Mittel bildeten wiederum die Grundvoraussetzung für die Lösung aller anderen globalen Probleme (Rohstoff-, Energie-, Ernährungs- und Umweltprobleme). Davon erhoffte man sich eine „systemübergreifende konstruktive Zusammenarbeit der Staaten“.⁴⁹ Mit anderen Worten: es ging um Realpolitik.⁵⁰ Der antagonistische Grundkonflikt sollte dabei auf ideologischem Boden ausgetragen werden.⁵¹ Dazu sollten in der bürgerlichen Gegenwartsphilosophie Krisensymptome der kapitalistischen Gesellschaftsordnung identifiziert werden, z. B. ihren „ökologischen Pessimismus und technokratischen Pseudooptimismus“.⁵² Das „Wesen“, der „Inhalt“ und die „Funktion“ der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie würden durch die „historische Defensive“ bestimmt, in der sich der Imperialismus befindet.⁵³ Damit wurden alle Strömungen der bürgerlichen Philosophie (von der angloamerikanischen analytischen Schule bis zu den sozialkritischen Richtungen der Frankfurter Schule) als antisozialistischer Reflex umgedeutet. In der ideologischen Auseinandersetzung wurde aber auch die „Bedeutung der wachsenden ideologischen und politischen Differenzierung

⁴⁷ Vgl. Lenin, W. I.: Sozialismus und Krieg, Kap. I, Abschnitt 1–6 und 18–20. In: LW, Bd. 21.; 2. Bericht des Zentralkomitees der SED an den XI. Parteitag der SED (1986), Abschnitt V, S. 79–82; Dialektischer und historischer Materialismus (1988), Abschnitt 12.1 und 12.2, S. 472–489; Gemeinsames Dokument von SPD und SED: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Abschnitt I und II. In: Neues Deutschland vom 28.08.1987, S. 3; Gorbatschow, Michail: Grußansprache auf dem XI. Parteitag der SED, Berlin 1986.

⁴⁸ Zu diesem Zeitpunkt war Michail Gorbatschow, dem Führer der KPdSU, bereits bewusst, dass die Rüstungsausgaben faktisch zum Bankrott des Landes geführt hatten. Die Sowjetunion wurde damit aufgrund der letztlich größeren ökonomischen Ressourcen der USA und der mit ihr verbündeten Staaten besiegt.

⁴⁹ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Dialektischer und historischer Materialismus. Studienjahr 1989/90.

⁵⁰ Vgl. Gemeinsames Dokument von SPD und SED: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit. Abschn. IV und V. In: Neues Deutschland vom 28.08.1987, S. 3.

⁵¹ Vgl. dazu Kapferer, Norbert (1990): Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

⁵² Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Dialektischer und historischer Materialismus. Studienjahr 1989/90, S. 55.

⁵³ Ebd.: S. 56.

im bürgerlichen Lager“ erkannt.⁵⁴ Die Studenten sollten lernen, die Argumente ihrer „Gegner“ zu verstehen, grundsätzlich „linke“ von „rechten“ Argumentationsstrategien zu trennen und erstere im Sinne der eigenen sozialistischen Ideologie um- bzw. weiterzuinterpretieren.

1.4.2 Wissenschaftlicher Sozialismus

Der zweite Schwerpunkt innerhalb des Studiums des Marxismus-Leninismus bildete der „Wissenschaftliche Sozialismus“. Hier wurde die Idee der sozialistischen Gesellschaftsform konkret ausgearbeitet:

Aufgabe des Kurses „Wissenschaftlicher Sozialismus“ ist die Ausprägung eines tiefen Verständnisses der Gesellschaftsstrategie und Politik der SED zur Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR und im Kampf für den Frieden auf der Grundlage der Orientierungen und Beschlüsse des XI. Parteitages und in Vorbereitung auf den XII. Parteitag der SED. Im Kurs „Wissenschaftlicher Sozialismus“ werden grundlegende Kenntnisse über die Bedingungen, Gesetzmäßigkeiten, Wege und Formen der Verwirklichung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse und über die politische Führung und Organisation dieses Prozesses vermittelt und vertieft.⁵⁵

Im Einzelnen findet man im Lehrgebiet „Wissenschaftlicher Sozialismus“ jedoch viele Wiederholungen zur gesetzmäßigen Entwicklung der Gesellschaft, zum Klassenkampf, zur welthistorischen Aufgabe der Arbeiterklasse etc. Es drängt sich der Eindruck auf, dass das Theorie- und Lehrgebäude des Marxismus-Leninismus in den Ostblockstaaten doch insgesamt sehr schmal war: aus einigen – aber entscheidenden – Prämissen wurde die Lösung gesellschaftspolitischer Probleme mittels der dialektischen Logik abgeleitet. Die Empirie wurde dabei nur am Rande berührt. Dabei kam es notwendigerweise zu Wiederholungen, zu immer denselben Begründungsmustern, die bei den Studenten den Eindruck einer Phraselogie erzeugen *mussten*. Man wusste, auf welche Frage welche Antwort zu geben war. Dazu hätte man nicht eigentlich fünf Jahre studieren müssen.

Der „Wissenschaftliche Sozialismus“ enthielt eine Analyse der „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“ von 1918 und der Partei „neuen Typs“, den von Lenin angeführten Bolschewiki. Lenin brachte im Unterschied zu Marx und Engels den neuen Gedanken ein, dass sich die sozialistische Revolution nicht erst im Spätstadium der kapitalistischen

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Wissenschaftlicher Sozialismus (1989/90).

Gesellschaftsform, sondern bereits in früheren Stadien durchführen lässt. Lenin beobachtete, dass im Deutschland der Nachkriegszeit die theoretischen Voraussetzungen für eine kommunistische Revolution gegeben waren, die Massen jedoch nicht in dem von der KPD erhofften Maße mobilisiert werden konnten. In Russland, das in weiten Teilen eine Agrargesellschaft war, fehlte es zwar an den theoretischen Voraussetzungen für eine Revolution, doch waren die konkreten historischen Umstände von einer vorrevolutionären Situation geprägt, die man für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft unmittelbar nutzen konnte. Dazu bedarf es aber einer Partei neuen Typs („Berufsrevolutionäre“), die die arbeitenden und aufbegehrenden Massen organisierten und anleiteten.⁵⁶ Das Modell der KPdSU war das Gründungsmodell aller kommunistischen Parteien im Ostblock. Die SED gründete sich 1946 aus dem Zusammenschluss von KPD und SPD. Auf den Parteitag wurden die Lehren aus der Oktoberrevolution und dem sowjetischen Aufbau des Sozialismus den realsozialistischen Gegebenheiten Ostdeutschlands angepasst. Das Studium der Geschichte der SED sollten die Studenten „zur schöpferischen Anwendung der Beschlüsse der Partei befähigen“.⁵⁷ Im Folgenden seien einige Schwerpunkte erläutert. Um Wiederholungen zu vermeiden, werden nur Inhalte aufgeführt, die gegenüber der Darstellung der Grundlagen des Marxismus-Leninismus tatsächlich neu sind.

Die welthistorische Mission der Arbeiterklasse und ihre gesetzmäßige Realisierung

Im Rahmen der Zielstellung, die Studierenden von der Richtigkeit der SED-Politik zu überzeugen, wurden auch die historischen Erfahrungen des Kampfes der Arbeiterklasse gelehrt. Aus deren Erfolgen und Rückschlägen bei der Verwirklichung ihrer historischen Mission⁵⁸ hätten die KPdSU und die SED die richtigen Schlüsse gezogen.⁵⁹ In Auseinandersetzung mit „spätbürgerlichen“ Auffassungen, wonach die Arbeiterklasse im Verschwinden begriffen sei,⁶⁰ ist das gegenwärtige revolutionäre Potential der Arbeiterklasse vor allem in den internationalen Bündnissen zu suchen, die den Weltfrieden sichern.

⁵⁶ Vgl. Lenin, W. I.: Was tun? In: LW, Bd. 5.

⁵⁷ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Wissenschaftlicher Sozialismus, S. 6. Humboldt-Universität Berlin. 1989/90.

⁵⁸ Die historische Mission der Arbeiterklasse haben Marx und Engels am schlüssigsten im „Manifest der Kommunistischen Partei“ formuliert. In: MEW, Bd. 4.

⁵⁹ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Wissenschaftlicher Sozialismus. Humboldt-Universität Berlin. 1989/90. Vgl. weiterhin Marx, K.: Brief an Joseph Weydemeyer vom 5. März 1852. In: MEW, Bd. 28, S. 507; Engels, F.: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Dritter Abschnitt, Kap. II. In: MEW, Bd. 20; Programm der SED, Abschnitt V, S. 93–102; Programm der KPdSU. Neufassung, 1. Teil, Abschnitt 1, S. 8–16.

⁶⁰ Hier ist insbesondere die seit 1986 in der westdeutschen Soziologie und Politikwissenschaft breit diskutierte Individualisierungsthese Ulrich Becks zu nennen, wonach sich die Klassenunterschiede immer mehr in Milieus und individuelle Lebensstile auflösen.

Die Dialektik des Kampfes für Frieden und sozialen Fortschritt

In dieser Themengruppe wird dem Sozialismus eine neue Verantwortung in der Sicherung des Friedens zugesprochen. Dabei wird insbesondere auf das erreichte militärstrategische Gleichgewicht und die Abrüstungspolitik der Sowjetunion eingegangen. Die theoretischen Begründungsmuster für die weltpolitische Rolle der sozialistischen Staaten sind aber dieselben wie in der ersten Themengruppe. Neu ist die Verortung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die den „Wendepunkt im Kampf um den Frieden, Sozialismus und Menschheitsfortschritt“ eingeleitet habe.⁶¹ Weiterhin wird darauf eingegangen, dass sozialistische Revolutionen sich zwar gesetzmäßig vollziehen, aber auch spezifischen nationalen Bedingungen unterliegen, z. B. in Asien, Afrika, Lateinamerika. Während des Studiums wird auch Wert darauf gelegt, die These des „Klassengegners“ zu widerlegen, wonach es sich bei Revolutionen und dem Aufbau des Sozialismus um eine „expansive, totalitäre Herrschaftsform“ handelt. Dies sei ein Ausdruck des Antikommunismus der herrschenden bürgerlichen Ideologie.

Theorie und Politik zur Verwirklichung der welthistorischen Mission der Arbeiterklasse im Prozess der Gestaltung der kommunistischen Gesellschaftsformation

Grundlage ist hier die von Marx kritisierte parteipolitische Unwissenschaftlichkeit der Arbeiterbewegung, die er in „Kritik des Gothaer Programms“ formulierte.⁶² Marx zeichnet in dieser Schrift die Rolle und die Aufgaben des Staates in dem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus („Diktatur des Proletariats“) und vom Sozialismus zum Kommunismus nach. Dabei begründet er die tragende Rolle internationaler Bündnisse („proletarischer Internationalismus“). In Bezug auf die DDR waren diese Lehrinhalte insofern wichtig, als sie sich gemäß dieser Phasentheorie als „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ bestimmte. Das Attribut „entwickelt“ hatte praktisch gesehen insofern seine Berechtigung, als die DDR gemessen an ihrer industriellen Produktivität und dem erreichten Wohlstand über dem Entwicklungsstand der meisten anderen sozialistischen Länder lag. Dennoch galten alle im RGW (Wirtschaftsbündnis) und im Warschauer Pakt (Militärbündnis) organisierten Ostblockstaaten als „entwickelte sozialistische Gesellschaften“.

⁶¹ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Wissenschaftlicher Sozialismus, S. 22. Humboldt-Universität Berlin. 1989/90.

⁶² Marx, K.: Kritik des Gothaer Programms. In: MEW, Bd. 19.

Die wesentlichen politischen Führungsprozesse in der entwickelten sozialistische Gesellschaft

Neben der führenden Rolle der Partei der Arbeiterklasse, deren wissenschaftliche Grundlage in Bezug auf die SED hervorgehoben wird, wurde hier auf die bestehenden Klassenunterschiede in der DDR eingegangen. Die Zusammenarbeit zwischen den „Arbeiten, den Genossenschaftsbauern und der sozialistischen Intelligenz“ wird als „kameradschaftlich“ und „schöpferisch“ bezeichnet.⁶³ Die tatsächlichen Lebenswelten dieser Schichten werden völlig ausgeblendet. Das politische Repräsentationssystem der DDR bestand im „demokratischen Zentralismus“. „Demokratisch“ stand für die Wahlen der Abgeordneten der SED und der Blockparteien für die Volkskammer (dem „Parlament“), „Zentralismus“ stand hingegen für die führende Rolle der SED in Form des Zentralkomitees. Der Generalsekretär des Zentralkomitees (von 1971 bis 1989 Erich Honecker) war zugleich Vorsitzender des Staatsrates (der von der Volkskammer gebildeten Regierung) und Vorsitzender der Nationalen Front (einem Bündnis zwischen der SED, den Blockparteien, dem Gewerkschaftsbund und anderen gesellschaftlichen Gruppen). Eine Gewaltenteilung fand also nicht statt. Die Innen- und Außenpolitik wurde ausschließlich durch das Zentralsekretariat der SED bestimmt.

1.4.3 Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus

Dieser Kurs beinhaltet den Ausgangspunkt der marxischen Kapitalismuskritik, die Analyse der Ware-Geld-Beziehung und der darauf beruhenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Die Arbeit bestimmt den Wert der Ware. Die Ware selber aber unterliegt den (spontanen) Gesetzen des Marktes und wird über ihren einfachen Wert (dem Gebrauchs- bzw. Tauschwert) verkauft. Den Mehrwert in Form von Geld (Profit) eignet sich der Kapitalist an. Ein Teil davon entfällt auf den Lohn der Arbeiter und die Investition in die Produktionsmittel. Aus marxistisch-leninistischer Perspektive stimuliert die kapitalistische Warenproduktion einerseits die Entwicklung der Produktivkräfte, andererseits führt sie zu immer stärkerer sozialer Differenzierung und Ungleichheit.⁶⁴ Letztlich sind es die sozialen Ungleichheiten (z. B. Massenarbeitslosigkeit), die den weiteren Fortschritt der Produktions-

⁶³ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Wissenschaftlicher Sozialismus (1989/90), S. 40.

⁶⁴ Marx, K.: Das Kapital. Erster Band. Kapitel 1. In: MEW, Bd. 23.; vgl. auch Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus (1988), Kap. 2.

mittel verhindern. Nach dieser ökonomischen Gesetzmäßigkeit müssen sich in der Folge die Produktionsverhältnisse ändern. Die Arbeit ist für Marx somit ein „unter dinglicher Hülle verstecktes gesellschaftliches Verhältnis“, das die Form des Klassenkampfes zwischen der Arbeiterklasse und der die Produktionsmittel besitzenden bürgerlichen Klasse annimmt. In der sozialistischen Revolution werden die Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum überführt. Die Marxsche Mehrwerttheorie ist damit die „wissenschaftliche Grundlage für den politischen, ideologischen und ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft und zur Befreiung der Menschheit von jeglicher Ausbeutung.“⁶⁵

In Bezug auf die Gegenwart bedeutet das, dass der wissenschaftlich-technische Fortschritt den Ausbeutungsgrad nur noch erhöht, weil der Profit ins Unermessliche anwächst. Die durch die Sozialdemokratie durchgesetzten Lohnerhöhungen und die zugrundeliegende Theorie der „sozialen Marktwirtschaft“ verschleiern nur das tatsächliche Ausbeutungsverhältnis und den „unversöhnlichen“ Kampf der Klassen. Der Imperialismus ist die späteste und historisch letzte Form der kapitalistischen Gesellschaftsformation.⁶⁶ In dieser Phase kommt es zur Herausbildung von Monopolen (marktbeherrschende Großkonzerne), in der zugleich die allgemeine Krise des Kapitalismus immer sichtbarer wird. Im Imperialismus verwachsen die Machtmonopole einiger weniger Unternehmen mit dem Machtmonopol des Staates zu einer einzigen Herrschaftsform. Unter der Monopolherrschaft führt der Kampf der Staaten um die natürlichen und ausbeutbaren Ressourcen zu Aggression und Krieg (nach außen) sowie geistiger und politischer Unterdrückung (nach innen).

Im Sozialismus prägt das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln auch alle anderen sozialen Beziehungen. Das heißt, dass mit dem Wesen der Ausbeutung auch deren Erscheinungsformen abgeschafft werden (z. B. schulische Benachteiligung von Kindern aus Arbeiterfamilien, Gleichstellung von Mann und Frau, Ungleichbehandlung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt). Die Gerechtigkeit bemisst sich nach dem sozialistischen Leistungsprinzip. Das heißt, dass in dem ausgezahlten Lohn dem Arbeiter seine Leistung für die sozialistische Gesellschaft transparent gemacht werden soll.⁶⁷ Über Generationen hinweg entwickelt sich dabei der kommunistische Menschentypus, dem Eigentum in jed-

⁶⁵ Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. Berlin 1989/90.

⁶⁶ Lenin, W. I.: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus. In: LW, Bd. 22.; vgl. weiterhin Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag der SED. Berlin 1986, S. 9–13; Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus. (1988), Kap. 11–15.

⁶⁷ Vgl. Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus (1988), Kap. 23.

weder Form fremd geworden ist. Die strategische Grundlage für diese weitläufigen Umwandlungsprozesse ist die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik durch die SED. Der wissenschaftlich-technische, der ökonomische und der soziale Fortschritt bilden im Sozialismus eine Einheit, wobei die Kenntnis der ökonomischen Gesetzmäßigkeiten die Basis darstellt. Die Breite der Bedürfnisse erfordert die proportionale und planmäßige Entwicklung⁶⁸ der Volkswirtschaft.⁶⁹ Die zentrale Zielsetzung der Wirtschaft der DDR ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität, d. h. die optimale Nutzung der materiellen, personellen und zeitlichen Ressourcen.⁷⁰

⁶⁸ Als ein wesentlicher Grund für das Scheitern der Planwirtschaft gilt das mangelnde Wissen über die Bedürfnisse der Bevölkerung. Damit stellt der Staat Produkte her, die in der Folge nur mangels Alternativen angenommen werden. Damit sinkt wiederum die Motivation, sich schöpferisch in den Arbeitsprozess einzubringen. Das schöpferische Potential der Arbeiterklasse, von dem in den Parteidokumenten die Rede ist, blieb faktisch ungenutzt, da es im Einzelfall immer wieder an den einzuhaltenden staatlichen Vorgaben scheiterte.

⁶⁹ Vgl. Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986–1990, S. 117–125. Berlin 1986.

⁷⁰ Gerade dies stellt ein weiteres Grundproblem der Planwirtschaft dar. Eine Volkswirtschaft im Ganzen „von oben“ durchzuplanen, setzt voraus, dass alle wirtschaftlichen Austauschprozesse vorhersehbar sind, was faktisch nicht der Fall ist. So kam es in der volkswirtschaftlichen Praxis immer wieder zu Lieferengpässen und -verzögerungen, die die Steigerung der Arbeitsproduktivität verhinderten.

2 Die Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ an der KMU

Im Herbst 1981 wurden aus der Sektion „Marxistisch-leninistische Philosophie / Wissenschaftlicher Kommunismus“ der Karl-Marx-Universität Leipzig die beiden Sektionen „Marxistisch-leninistische Philosophie“ und „Wissenschaftlicher Kommunismus“ gebildet. Da der Wissenschaftliche Kommunismus ein Teilgebiet der marxistisch-leninistischen Theorie ist, müssen die Gründe für diese Teilung eher im außerwissenschaftlichen Bereich gesucht werden. Dafür kommen vor allem „politisch-ideologische und personelle Gründe“ in Frage.⁷¹ Zum einen wurden die Ambitionen von Lehrkräften befriedigt, die in politischen Führungsgremien der Universität tätig waren und für sich selber eine Professur oder einen Lehrstuhl beanspruchten. Das Studium des Wissenschaftlichen Kommunismus verband sich ausdrücklich und offiziell mit dem Ziel, ein „Propagandist der Partei“ zu werden; das Ausbildungsziel bzw. die Berufsbezeichnung „Lehrer für Marxismus-Leninismus / Wissenschaftlicher Kommunismus“ akzentuierte gegenüber dem Studium der „marxistisch-leninistischen Philosophie“ die politischen Schwerpunkte.

Die Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ galt als ausgesprochene „Kaderschmiede“. Die Studenten unterschieden sich von den Studenten an der Sektion „Marxistisch-Leninistische Philosophie“ insofern nicht, als sie in den meisten Fällen umgelenkt wurden, da die Studienplätze in der Philosophie und den Wirtschaftswissenschaften („Politische Ökonomie“) bereits belegt waren. Zu den Direktbewerbern, die auch schon Mitglied in der SED waren, lagen aber erhebliche Unterschiede in der Studienmotivation vor. Als Institution für die Herausbildung von politischem Führungsnachwuchs bedeutete dies im Klartext, dass aktuelle bzw. brisante politische Themen nicht angegangen wurden, obwohl sie im Hinblick auf die „Perestroika“ in der SU von den Studierenden durchaus als relevant wahrgenommen und eingefordert wurden. Die Studierenden erwarteten mehr „Wissenschaftlichkeit“. Eine weitere Ausdifferenzierung des marxistisch-leninistischen Wissens, das sie in der Schule und im Grundstudium erworben hatten, schließt aber eine kritische Haltung zum eigenen Gegenstandsbereich ein, wie das z. B. in den verschiedenen Strömungen des westeuropäischen Marxismus der Fall war. Kritik bedeutet hier nicht, dass die Studierenden den Sozialismus in Frage stellten; sie suchten nach konkreten Reformen für eingegrenzte politische Phänomene. Die politische Führung fürchtete wiederum jede po-

⁷¹ Schmeling & Jentsch 1993: 50.

tentielle Hinterfragung, und die SED-Kreisleitung⁷² übte entsprechenden Druck auf die Sektion aus.⁷³

Die Studierenden (ca. 35 bis 40 pro Jahr)⁷⁴ hatten in der Regel ein dreijähriges Vorpraktikum absolviert. Das galt hauptsächlich für die weiblichen Studierenden, da bei den Männern die dreijährige Armeezeit angerechnet wurde. Das Vorpraktikum diente dem Zweck, dass sich die Studenten mit der gesellschaftlichen Praxis vertraut machen und eine gewisse persönliche Reife fürs Studium mitbringen. Die Studierenden wurden in Zulassungsgesprächen ausgewählt, soziale Herkunft und Parteizugehörigkeit spielten dabei keine Rolle. Für die Motivation, ein Studium an der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ (WK) aufzunehmen, muss man auch die wenigen Alternativen in Betracht ziehen, überhaupt ein gesellschaftswissenschaftliches Fach zu studieren. Studienplätze in Philosophie, Geschichte und Soziologie waren streng limitiert. Die Bildungspolitik ging von dem ökonomischen Bedarf aus und wollte keine personellen Ressourcen verschwenden. Mehr Studienplätze gab es in der Lehrerausbildung für Staatsbürgerkunde und Geschichte. Wer jedoch kein Lehrer werden wollte, der war automatisch an die Sektionen „Marxistisch-Leninistische Philosophie“, „Wirtschaftswissenschaften“ (Politische Ökonomie), „Geschichte“ und „Wissenschaftlicher Kommunismus“ verwiesen. Das Ausbildungsziel war dann Hochschullehrer mit einer entsprechenden akademischen Laufbahn bzw. – was wahrscheinlicher war – eine Karriere im Parteiapparat, eine Führungsposition in einem Betrieb u. a. Im Vergleich der gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen war WK inhaltlich weniger festgelegt und strukturiert. Der Charakter des Studiums war stärker „interdisziplinär“ ausgerichtet als an den anderen Sektionen und umfasste aufeinander aufbauend folgende Bereiche:

- Ausbildung in den Kernbereichen des WK mit 594 LE⁷⁵: Einführung + Klassikerseminar, Theorie der kommunistischen Gesellschaftsform, Militärpolitik, Soziale Beziehungen + Klassikerseminar, Politisches System, Revolutionstheorie I + Klassikerseminar, Revolutionstheorie II + Klassikerseminar, moderne politische Theorien;
- Geschichte politischer Ideen mit 200 LE;
- Philosophische Ausbildung mit 300 LE: Dialektischer Materialismus, Historischer Ma-

⁷² Die SED-Kreisleitung stand an der Spitze der Leipziger „Karl-Marx-Universität“ und hatte letztlich in allen entscheidenden inhaltlichen und personellen Fragen die Entscheidungsgewalt. Diese Kontrolle der Wissenschaft durch die Partei wurde strukturell in den 50er Jahren begonnen und war als institutioneller Prozess spätestens Anfang der 60er Jahre abgeschlossen.

⁷³ Schmeling & Jentsch 1993: 52.

⁷⁴ Ebd.: S. 57.

⁷⁵ Eine Lerneinheit (LE) umfasste 45 Minuten.

- terialismus, Geschichte der Philosophie, Erkenntnistheorie, Logik, Ethik und Ästhetik;
- Politökonomische Ausbildung mit 200 LE: Politische Ökonomie des Kapitalismus, Politische Ökonomie des Sozialismus;
- Geschichtsausbildung mit 258 LE: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Geschichte der Internationalen Arbeiterbewegung, Geschichte der Französischen Revolution;
- Pädagogische Ausbildung mit 144 LE: Pädagogik, Psychologie, Methodik;
- Soziologie mit 60 LE;
- Internationale Beziehungen und Völkerrecht mit 24 LE;
- Informatik mit 30 LE;
- Sprachausbildung (Russisch und zweite Fremdsprache) mit 240 LE;
- Sport mit 180 LE.

2.1 Soziale Zusammensetzung und Motivation der Studierenden

In Bezug auf die Motivation der Studenten, den Studiengang „Wissenschaftlicher Kommunismus“ zu belegen, liegen einige Unterlagen zu Studenten vor, die im Sommer 1990, als das Ende der DDR feststand, ihren Abschluss machten. Natürlich war das für die Absolventen eine groteske Situation: mit dem Titel „Diplomlehrer [...]“ bzw. „Hochschullehrer für Marxismus-Leninismus“ waren alle Karrierewünsche vorerst zerstört. Schmeling & Jentsch⁷⁶ werteten mündliche Aussagen, Erfahrungsberichte und Protokolle für die übergeordneten Parteigremien aus, betonen jedoch auch den begrenzten wissenschaftlichen Aussagewert ihrer Interpretation.

Zwischen 1985 und 1990 wurden an der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus und Soziologie“ für den Studiengang WK 183 StudentInnen immatrikuliert. Das Durchschnittsalter lag bei 23 Jahren und der Anteil weiblicher Studenten lag bei knapp 40 Prozent. Circa 60 % der Studierenden gehörten ihrer sozialen Herkunft nach der Arbeiterklasse an, weitere 25 % waren Kinder von Angehörigen der Intelligenz.⁷⁷ Der Rest der Studierenden waren Kinder von Angestellten, Bauern oder Handwerkern.⁷⁸ Zum Zeitpunkt der Immatrikulation gehörten 72,1 % der Partei an. Das ist im Vergleich zu den anderen Studienfächern ein sehr hoher Wert. Die Parteizugehörigkeit war kein offizielles bzw. inof-

⁷⁶ Schmeling & Jentsch (1993): S. 59 f.

⁷⁷ Ebd.: S. 58.

⁷⁸ Die Aufgliederung nach der sozialen Schichtzugehörigkeit bezeugt das Interesse, das die Parteiführung generell an der sozialen Schichtung der Studenten hatte. Insbesondere im Arbeitermilieu sollte die Anzahl der Studierenden erhöht werden.

fizielles Gebot, um einen Studienplatz zu erhalten.⁷⁹ Der Parteieintritt wurde erst im Berufsleben gefordert, wenn es um die Erlangung höherer gesellschaftlicher oder betrieblicher Positionen ging. Das heißt, dass die Studierenden an der WK von der Sache des Sozialismus mehrheitlich überzeugt waren, und das zu einer Zeit, als der Großteil der Abiturienten keine bzw. nur noch flüchtige Bindungen an die staatlich verordneten Lehren des Marxismus-Leninismus hatte. Die Abiturnoten lagen im Durchschnitt bei ca. 2,0. Die Studenten waren von ihrem Leistungsvermögen also nicht besser oder schlechter als im Durchschnitt aller Studierenden.

Die hohe Überzeugung von den Werten und der Überlegenheit des Sozialismus unter den WK-Studenten spiegelt sich auch in den Ergebnissen einer Langzeitstudie wider. In ihr wurden jährlich angehende Studenten nach ihren Lebenszielen gefragt. In der folgenden Tabelle werden die Ergebnisse der Befragung von 1988 für WK-Studenten und für den Durchschnitt aller Studenten aufgelistet.⁸⁰

Tab. 1: Lebensziele von WK-Studenten und Studenten allgemein 1988 (erstes Studienjahr); Quelle: Schmeling & Jentsch 1993: 61)						
	WK-Stud. (in %)			Stud. allg. (in %)		
	große	mittlere Bedeutung	gering	große	mittlere Bedeutung	gering
Umfangreiches Wissen auf vielen Gebieten erwerben	95	4	0	74	24	2
Für andere Menschen dazusein, auch wenn ich selbst auf etwas verzichten muss	91	9	0	82	16	2
Schöpferisch sein, Neues ausdenken, etwas erfinden	65	35	0	48	33	19
Mich voll und ganz für den Sozialismus einsetzen	91	9	0	36	37	27
Auf meinem Fachgebiet ständig auf der Höhe wissenschaftlicher Erkenntnis zu sein	78	22	0	75	20	4
In der Arbeit überdurchschnittliches leisten	57	43	0	39	42	19
Auf einem wissenschaftlich-technischen Gebiet arbeiten	13	61	26	28	27	39
Auf geistig-kulturellem Gebiet aktiv sein	65	30	5	57	28	14

⁷⁹ Männliche Studienbewerber mussten einen dreijährigen Militärdienst als Unteroffizier absolvieren. Diese Maßnahme war zwar nicht gesetzlich verbindlich; wer jedoch nur den Grundwehrdienst von anderthalb Jahren ableisten wollte, bekam in der Regel auch keinen Studienplatz.

⁸⁰ Die Unterschiede zu den Immatrikulationsjahrgängen zwischen 1985 und 1987 weisen keine statistische Signifikanz auf.

Kinder haben	87	9	4	89	7	3
In der Arbeit zu den Tüchtigsten zu gehören	83	17	0	73	22	5
Alles, was das Leben bietet, in vollen Zügen genießen – man lebt nur einmal	18	52	30	44	36	20
Ohne große Anstrengungen ein angenehmes Leben führen	4	13	83	9	26	65
Größeren persönlichen Besitz erwerben (Grundstück, teures Auto, Haus)	4	30	66	20	32	48
Viele Reisen unternehmen	87	9	4	81	16	3
Auf wissenschaftlichem Gebiet tätig werden	47	30	23	30	33	37
In der Praxis des studierten Berufs tätig werden	57	35	8	75	18	7
In Leitungsfunktionen tätig werden	22	31	47	21	39	40

In der Statistik wirkt sich natürlich aus, dass Studierende in z. B. technischen, medizinischen und landwirtschaftlichen Fächern stärker praxisorientiert sind als Studierende der geisteswissenschaftlichen Fächer. Als übereinstimmendes Merkmal der WK-Studenten gegenüber dem Durchschnitt der Studenten steht das eindeutige Bekenntnis zum Sozialismus (91 % gegenüber 36 %). Dies steht besonders im Kontrast zu der moralischen Einstellung, „für andere dazusein“ und dabei auch auf eigene Vorteile zu verzichten. Hier sind die Differenzen (91 % gegenüber 82 % „große Bedeutung“) sehr viel geringer. Moralische und ethische Vorstellungen wurden von dem Großteil der Studierenden offenbar nicht mehr mit dem Sozialismus in Verbindung gebracht. Dennoch ist bei der Interpretation Vorsicht geboten. In dem Item „mich voll und ganz für den Sozialismus einsetzen“ kann auch ein genuin gesellschafts- und politikwissenschaftliches Interesse zum Ausdruck kommen, das durch das Bekenntnis zum Sozialismus überlagert wird. Aus diesen Angaben ist nämlich nicht ersichtlich, ob hier ein Einverständnis mit den bestehenden Verhältnissen vorliegt oder Vorstellungen erfragt wurden, was man sich unter dem Sozialismus vorstellt. Demnach würde hier im Grunde genommen nur die Differenz zwischen geisteswissenschaftlichen und naturwissenschaftlichen Interessen gemessen werden. Ein weiterer signifikanter Unterschied besteht in der „hedonistischen“ Lebenseinstellung. Während nur 18 % der WK-Studenten die Annehmlichkeiten des Studiums – freie Zeit, Freunde / PartnerInnen kennenlernen, Partys – in den Mittelpunkt stellen, sind es im Durchschnitt der Studenten 44 %. Für die Erklärung dieses Unterschieds kommt wiederum ein gewisses „Elite-

Bewusstsein“ der WK-Studenten⁸¹ in Frage, was u. a. aus folgender Äußerung hervorgeht:

Während des gesamten Studienprozesses müssen wir uns bewusst sein, dass wir als Studenten der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus als Propagandisten unserer Partei zu wirken haben. Propagandisten der Weltanschauung der Arbeiterklasse sind wir auch in den Augen der anderen Sektionen, weshalb wir uns sowohl im Studium als auch in unserer Freizeit unserer Vorbildrolle bewusst sein müssen.⁸²

Die WK-Studenten waren politisch engagiert, zeigten vielfältige Initiativen in der FDJ (z. B. beim jährlichen „Pfingsttreffen“ in Berlin) und hatten an der Universität agitatorische Funktionen inne. Dies alles waren Aktivitäten, die vom Durchschnitt der Studenten eher „passiv“ mitgenommen wurden; derjenige Teil der Studenten, der sich dem „Agit-Prop“-Bereich bewusst, erkennbar und provokatorisch entzog, war dennoch gering. Die „Wissensdimension“ (umfangreiches Wissen erwerben, kreativ sein) ist bei den WK-Studenten insgesamt stärker ausgeprägt als im Durchschnitt der Studenten. Dieser ist stärker praxisorientiert, auch was die eigene Lebensplanung betrifft: immerhin geben 20 % aller Studenten an, dass der Erwerb persönlichen Besitzes für sie eine große Rolle spielt, während es bei den WK-Studenten nur 4 % sind.⁸³

Bei der Motivation, ein Studium an der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ aufzunehmen, muss auch berücksichtigt werden, dass die Zukunft des Sozialismus im Zuge der in der Sowjetunion angebrochenen Reformen, die insbesondere auf mehr Meinungsfreiheit und die Ansprache von die Bevölkerung beschäftigenden konkreten lokalpolitischen Problemen zielten, in einem neuen Licht erschien. Die Studenten verbanden mit der Aufnahme des Studiums, dass die „Perestroika“ in den Seminaren thematisiert und ihr Potential für die konkrete Ausgestaltung des Sozialismus genutzt wird. Damit verband sich auch die Hoffnung auf das Aufbrechen „verkrusteter Strukturen“, eine Entbürokratisierung des parteipolitischen Apparats und mehr Direktdemokratie. Das genuin politikwis-

⁸¹ Neben den Direktbewerbern gab es „Umgelenkte“ (z. B. beim Abbruch eines anderen Studiums), bei denen die Motivationslage uneinheitlich war. Zu berücksichtigen ist hier auch, dass das gewährte Stipendium an der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ bis 600 Mark betragen konnte und damit doppelt so hoch lag wie ein „normales“ Stipendium. Dies war mit Sicherheit ein zusätzlicher Anreiz, bei einer ansonsten unentschiedenen Lage ein Studium an der Sektion WK aufzunehmen.

⁸² Quelle: Schmeling & Jentsch 1993: S. 64.

⁸³ Hier müsste man differenzieren, ob die Studierenden aus der Arbeiterklasse oder aus dem vom Einkommen her privilegierteren Intelligenz- und Parteimilieu kommen. Die Möglichkeiten, Besitz zu erwerben, waren in der DDR begrenzt: ein eigenes Haus bzw. „komfortable“ Neubauwohnung, einen Wartburg und jährliche Urlaubsreisen nach Ungarn waren gewissermaßen das non plus ultra des Wohlstands. Es gab einfach zu wenig Güter, die man hätte erwerben können. Für Studierende aus den privilegierteren Schichten konnte der Erwerb von Besitz somit keine Motivation für das Studium sein; anders verhält es sich bei Studierenden, deren Eltern nur einfache Arbeiter waren, zur Miete in engen Wohnungen lebten und „nur“ einen Trabant besaßen.

senschaftliche Interesse zielte demnach darauf, in dem Lehrgebiet „Wissenschaftlicher Sozialismus“ nach effizienteren Strukturen und parteipolitischen Organisationsformen zu suchen. Konkret bedeutete das, dass der herrschende Parteiapparat einen Machtverlust befürchtete. In den Seminaren waren demnach Auseinandersetzungen vorprogrammiert. Es lag hier oft an den einzelnen Lehrkräften, inwiefern sie sich auf die Fragen der Studenten einließen.

Reformen waren jedoch von der SED-Führung nicht vorgesehen, weshalb sich offiziell auch nichts an den Lehrinhalten änderten. Dies betraf vor allem solche, die eine starke Legitimierungsfunktion für die strategische und taktische Ausrichtung der SED sowie für die Realpolitik der sozialistischen Staatengemeinschaft hatten. Damit sank im Allgemeinen die Studienmotivation, wie ein Student Anfang Januar 1987 bekannte:

Im Moment ist allgemein ein Rückgang der Motivation zu bemerken. Die Begründung liegt meist in der Kritik einiger Lehrveranstaltungen (Geschichte des Sozialistischen Weltsystems, Theorie der Kommunistischen Gesellschaftsformation), die qualitätsmäßig stark gegenüber anderen Lehrveranstaltungen abfallen. [...] In der Versammlung versuchten wir, uns über Probleme des Rückganges der Motivation zu verständigen bzw. welchen Einfluss wir auf die Lehrveranstaltungen nehmen können.⁸⁴

Die Enttäuschung musste vor allem zum Studienbeginn groß gewesen sein, da doch jeder Student mit hohen Erwartungen an sein Studium geht. Als Beleg kann die Einschätzung eines Studenten am Ende des dritten Semesters angeführt werden:

In den [...] Gesprächen wurde die Frage nach der Motivation zu unserem Studium positiv beantwortet. Einhellig wurde festgestellt, dass das Studium interessant und vielseitig sei. Tiefer gefragt, stellten wir jedoch fest, dass keiner die Motivation zu unserem Studium direkt aus den bisherigen Lehrveranstaltungen des WK selbst schöpft.⁸⁵

2.2 Die Seminargruppen

Das Studium in der DDR war weit weniger individuell geprägt als in der bundesdeutschen Studienorganisation. Dies deckte sich auch mit der sozialistischen Theorie der Persönlichkeitsentwicklung, wonach Individualität nur im Kollektiv zur Entfaltung kommen kann. Die zentrale Einheit des Studiums war die Seminargruppe. Dies bedeutet nicht nur, dass

⁸⁴ Quelle: Schmeling & Jentsch 1993: S. 66.

⁸⁵ Quelle: Schmeling & Jentsch 1993: S. 66.

eine bestimmte Anzahl von Studenten über einen gewissen Zeitraum gemeinsam Vorlesungen und Seminare besuchte. Die Seminargruppen bestanden über die gesamte Zeitdauer des Studiums von 5 Jahren und waren „sowohl Basis aller studentischen als auch Bezugspunkte aller hochschulpolitischen Aktivitäten“.⁸⁶ In dieser Hinsicht wies die Studienorganisation einen hohen Verschulungscharakter auf: feste Lehrpläne, Studiengruppen, verbindliche inner- und außeruniversitäre Veranstaltungen. Dazu zählten Veranstaltungen der FDJ, der „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (DSF) und der „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST). Die Funktionärsvielfalt – hinzu kam ein Verantwortlicher für die Wissenschaftsorganisation und ein Parteigruppenorganisator – täuscht aber darüber hinweg, dass die einzelnen Organisationsstrukturen sich im Grunde immer wieder auf dieselben Themen bezogen und damit im Prinzip austauschbar bzw. überflüssig waren. Der hohe Anteil von SED-Mitgliedern unter der Studiengruppe bedeutete darüber hinaus faktisch eine Identität mit der Parteigruppe. Dies war in doppelter Hinsicht problematisch: Einerseits konnte die SED-Kreisleitung, die die „Order“ hatte, alle Bestrebungen zu einer „Perestroika“ im Ansatz zu verhindern, die Studierenden als Parteigenossen ansprechen und sie somit an einer Veränderung der Lehrinhalte hindern. Andererseits konnten die Parteigenossen als Studierende neue Ideen und Wege in die untere Parteiebene hineintragen.

Durch die Bildung von Seminargruppen etablierte sich eine Gruppenatmosphäre, in der auf den Einzelnen sehr viel Druck ausgeübt werden konnte. Die Äußerung einer freien, abweichenden Meinung störte, bevor sie diskutiert wurde, erst einmal das interaktionelle Beziehungsgeflecht. Die dauerhafte Isolation in der Seminargruppe hätte auch zur Zerstörung des sozialen Lebens als Student und damit zum Studienabbruch geführt. Die Seminargruppe hatte nach den Beobachtungen und Interviews von Schmeling & Jentsch⁸⁷ aber auch Vorteile. Die Studenten halfen sich zu Semesterbeginn gegenseitig und die Knüpfung von Freundschaften erleichterte den neuen Lebensabschnitt in der fremden Stadt. Die Seminargruppe wurde somit zu einer Art „zweiter Familie“. Diese Nähe wurde noch dadurch verstärkt, dass die Sektion WK über eigene Internatsplätze verfügten. Die Studenten arbeiteten und wohnten also zusammen. In Bezug auf den Zeitraum ab 1985, in dem die Studenten verstärkt auf eine Thematisierung notwendiger Reformen drängten, schlug die Strategie des Lehrkörpers, durch Seminargruppen abweichende Meinungen zu unterdrücken bzw. durch die erzieherischen Wirkungen der Gruppe gar nicht erst entstehen zu lassen, in ihr Gegenteil um. Die Seminargruppe, deren Mitglieder sich gegenseitig sehr gut kannten, war auch eine Interessenvertretung der Studierenden gegenüber der staatlichen Leitung. Sie

⁸⁶ Ebd.: S. 66.

⁸⁷ Ebd.: S. 67.

konnte damit auf die strukturelle und inhaltliche Gestaltung des Studienablaufs Einfluss nehmen. Wenn die Seminargruppe geschlossen auftrat und ihr Interesse an neuen Lehrinhalten kundgab, war ihr nur schwer beizukommen. Die Sektionsleitung konnte dann nicht einzelne „Abweichler“ isolieren und disziplinierenden Maßnahmen aussetzen.

2.3 Die Seminare

In jedem der Fachkurse (siehe S. 33 f.) fand in der Regel wöchentlich eine Vorlesung und ein Semester statt. Die Veranstaltungen dauerten jeweils zwei Stunden, wobei die Vorlesung die unmittelbare Grundlage für das Seminar bildete. Die Studierenden wurden dazu angehalten, pro Kurs ein Seminarreferat auszuarbeiten. Diese gingen wiederum in die sogenannte „Prüfungsvornote“ ein. Die Referate gliederten sich grundsätzlich in mündliche und schriftliche Referate. Für das mündliche Referat war eine Zeitdauer von 10 bis 15 Minuten vorgesehen, wobei die Studenten anhand von Stichpunkten zur freien Rede über ein wissenschaftliches Thema befähigt werden sollten. Das schriftliche Seminarreferat (vergleichbar der heutigen Seminararbeit) umfasste ca. 10 Seiten (mit Schreibmaschine geschrieben) und musste den Mitgliedern der Seminargruppe in vervielfältigter Form rechtzeitig vorgelegt werden. Im Seminar selber ergänzte der Student seine Arbeit mit einem kurzen thematischen Vortrag. Hervorgehoben werden muss dabei der kollektive Rahmen. Die Meinung der Seminargruppenmitglieder über die inhaltliche und methodische Qualität des Referats ging maßgeblich mit in die Bewertung durch die Lehrkraft ein.

Für die Studierenden bildete die Abfassung und inhaltliche Präsentation des Referats gewissermaßen den Höhepunkt der Teilnahme an einem Fachkurs. Hier bot sich ihnen die Gelegenheit, nicht nur ihren Wissensstand zu zeigen, sondern sie leiteten im Wesentlichen auch die Diskussion, indem sie auf Einwände eingingen, Gegenargumentationen entwickelten etc. Was jeweils als Einwand und Gegenargument vorgebracht wurde, ist natürlich von unserem heutigen Standpunkt aus sehr zu relativieren. Die relative Mittelpunktstellung, die der Vortragende während der Seminarsitzung einnahm, muss darüber hinaus immer vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die Lehrkraft eine beobachtende Stellung einnahm und beurteilte, inwieweit sich der oder die Studentin in die gewünschte Richtung entwickelte. Insgesamt hielt ein Student während des zehnsemestrigen Studiums ca. 20 Seminarreferate, davon etwa fünf in schriftlicher Form.

Die Organisation des Studiums in Seminargruppen, die über die gesamten fünf Jahre hinweg zusammenblieben, hatte nach Einschätzung der Studenten einige Vorteile, aber

auch gravierende Nachteile.⁸⁸ Da die Diskussionspartner sich kannten, konnte schnell zu den wesentlichen Kernpunkten des Vortrags vorgedrungen werden; andererseits kam es aber auch zu Wiederholungen in den Diskussionen, da von bestimmten Seminargruppenmitgliedern immer dieselben Einwände vorgetragen wurden. Ehemalige Studenten berichteten, dass sich innerhalb der Seminargruppen sehr schnell eine gewisse Leistungshierarchie herausbildete, die über die Jahre stabil blieb und schwer zu durchbrechen war. Dies wurde von den Leistungsschwächeren als negativ für das eigene Selbstbewusstsein erlebt. Die Leistungsstärkeren wiederum scheuten Diskussionen außerhalb der Seminargruppe, um ihre einmal gewonnene ‚Reputation‘ nicht aufs Spiel zu setzen. Der tatsächliche Leistungsunterschied wurde durch gruppendynamische Effekte verzerrt, da viele von den vermeintlich Schwächeren während der berufspädagogischen Praktika ihre tatsächliche Leistungsbereitschaft erst unter Beweis stellten.

2.4 Prüfungen

Am Ende jeden Semesters waren zwei Prüfungswochen vorgesehen, in denen zwischen drei und fünf Prüfungen abgelegt wurden, wobei die mündliche Form (ohne Vorbereitungszeit) überwog.⁸⁹ Die mündlichen Prüfungen dauerten 20 bis 30 Minuten, die schriftlichen Klausuren zwei bis drei Stunden. Die Besetzung der Prüfungskommission folgte durchaus den demokratischen Prinzipien und Spielräumen, wie wir sie heute kennen. Dem Prüfungsvorsitzenden (den die Vorlesung haltenden Professor) war dessen Assistent, der das Seminar leitete, sowie ein studentischer Vertreter zugeordnet. Letzterer hatte vor allem darauf zu achten, dass etwaige persönliche Differenzen zwischen dem Professor und dem Studenten keinen Einfluss auf die Benotung nahmen. Darüber hinaus kontrollierte er die Kompatibilität der Prüfungsfragen mit den Prüfungsanforderungen und konnte Vorschläge zur Bewertung der Prüfungsleistung unterbreiten. Besonders hervorzuheben ist, dass der studentische Beisitzer auch persönliche Umstände des Studierenden wie krankheitsbedingter längerer Ausfall oder Mutterschaft beim Prüfungsvorsitzenden geltend machen konnte.

In den mündlichen Prüfungen stellte der Professor eine Hauptfrage, über die der zu Prüfende knapp zehn Minuten referierte. Anschließend konnten auch die beiden Beisitzer ergänzende Fragen stellen. In den Prüfungen wurden keine ideologischen Bekenntnisse abgefordert. Nach der abgelegten Prüfung wurde durch den beisitzenden Seminarleiter in-

⁸⁸ Ebd.: S. 71 f.

⁸⁹ Ebd.: S. 72.

nerhalb der Seminargruppe häufig eine Auswertung vorgenommen im Hinblick auf die Flüssigkeit des Vortrags oder des Schreibstils, der Übersichtlichkeit, dem persönlichen Auftreten etc. Dies bezeugt noch einmal die Erziehungsfunktion des Einzelnen innerhalb des Kollektivs.

Hatte ein Student die Prüfung nicht bestanden, so konnte er sie innerhalb von drei Monaten wiederholen. Eine Besonderheit lag darin, dass der Student bei der Sektionsleitung eine zweite Wiederholungsprüfung beantragen konnte, wenn er die erste nicht bestanden hatte. Dazu benötigte er die Unterstützung durch die Seminargruppe. Wurde der Antrag abgelehnt bzw. auch diese zweite Chance verpasst, zog dies die Exmatrikulation nach sich. Der nähere Grund für die Einräumung einer zweiten Wiederholungsprüfung lag darin, dass das Studium primär als ein gesellschaftlicher Auftrag aufgefasst wurde und erst in zweiter Linie als eine individuelle Bewährungsprobe. Konnte der Student in seinem Wiederholungsantrag Gründe für sein Versagen vorbringen, deren Ursachen vorübergehender Natur waren und sich durch die Unterstützung der Seminargruppe abstellen ließen, wurde der Antrag in der Regel angenommen.

2.5 Anteile von Direkt- und Selbststudium und Literaturlage

Hier gab es zwischen den Sektionen „Marxistisch-leninistische Philosophie“ und der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ erhebliche Unterschiede. Laut einer Untersuchung des Laboratoriums für Studentenforschung der KMU lag die wöchentliche Belastung durch Lehrveranstaltungen bei Lehrern für Marxismus-Leninismus bei 44,9 und bei WK-Studenten bei nur 14,3 Wochenstunden. Der Anteil des Selbststudiums lag hier wesentlich höher. An der Sektion „Marxistisch-leninistische Philosophie“ wurden auch Kant, Hegel und andere Klassiker der deutschen Philosophie behandelt, die man sich eben nicht im Selbststudium aneignen kann. Studenten des Wissenschaftlichen Kommunismus konnten dagegen ab dem sechsten Semester sehr viel mehr Bezüge zu anderen Gesellschaftswissenschaften herstellen wie z. B. Pädagogik und Soziologie. Sie hatten hier eine gewisse Freiheit und insofern war die Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ auch ein gewisses Experimentierfeld, von dem man sich neue Impulse für die Erforschung des „Wissenschaftlichen Sozialismus“ erhoffte.

In den ersten vier Semestern wurde die Seminarliteratur weitestgehend vorgegeben: Texte von Marx und Engels, Lenin, Parteidokumente der KPdSU und der SED. Grundsätzlich waren mit der Universitätsbibliothek und der Deutschen Bücherei sehr gute Möglich-

keiten zur Literaturbeschaffung vorhanden. Insbesondere bei als antikomunistisch eingestuften Werken oder Werken aus der Frühzeit des Marxismus-Leninismus, die von der offiziellen Lehrmeinung abwichen (z. B. die Schriften Trozki), sowie bei Veröffentlichungen insbesondere jüngerer Datums (z. B. Zeitschriftenperiodika) gestaltete sich die Literaturbeschaffung weit schwieriger. Erstere erhielt man mit ausführlicher Begründung des Forschungsvorhabens nur über einen „Giftschein“; in der Deutschen Bücherei konnte die Herausgabe der Bücher aber immer noch verweigert werden, sofern den Mitarbeitern die Begründung seitens der Universität nicht ausreichend erschien. Im Reclam-Verlag wurden zwar viele geisteswissenschaftliche Texte des 18. und 19. Jahrhunderts publiziert, doch längst nicht alle und vornehmlich nur diejenigen, die in der offiziellen Interpretation die materialistische Weltanschauung vertraten. Ab Mitte der 80er Jahre veröffentlichten die Verlage aber auch zunehmend „bürgerliche Literatur“, z. B. erschien eine dreibändige Ausgabe der Werke Freuds. Es ist möglich, dass die Verlage in der „klimatischen Veränderung“ der Endzeit der DDR auch eigenmächtig handelten. Diese Werke waren aber in der Regel sofort vergriffen. Kenntnis von den Inhalten und Tendenzen der westlichen Politikwissenschaft erhielten die Studenten oft erst durch Auseinandersetzungen ostdeutscher oder sowjetischer Gesellschaftswissenschaften mit jüngeren Veröffentlichungen.⁹⁰

2.6 Leistungsorientierung, Spezialisierung und wachsende Unzufriedenheit

Leistungsstarke Studenten wurden ab dem sechsten Semester von den Lehrkräften verstärkt in aktuelle Forschungen einbezogen, wozu diese Studenten eine etwa 30-seitige „Jahresarbeit“ anfertigten. Die Spezialisierung auf ein bestimmtes Gebiet geschah jedoch bereits viel früher, am Ende des zweiten Studienjahres. Die Studenten schrieben sich in „Oberseminare“ ein, womit im erweiterten Sinn auch die Vorbereitung auf die Diplomarbeit begann. Die „Freiheiten“ des Studiums an der Sektion WK zeigten sich auch darin, dass die Lehrkräfte die Inhalte der Oberseminare selber festlegen konnten; verbindliche Vorgaben gab es hier nicht.⁹¹ Man muss hier aber auch im Auge behalten, dass es sich bei den WK-Studenten um parteitreue, wenn auch nicht immer „linientreue“ Genossen handelte. Nur ihnen gestand man diese Freiheiten, die bis zu individuellen Studienplänen reichten, in der Forschung zu, und zwar auch nur unter Beobachtung der wissenschaftlichen

⁹⁰ Ebd.: S. 75.

⁹¹ Ebd.: S. 76.

Lehrkräfte. Die SED-Kreisleistung, die letztlich die Verantwortung für die Sektion WK trug, fürchtete hier eher die Ausbildung von „Abweichlern“.

Die Spezialisierungen teilten sich ganz allgemein in die Gebiete „Sozialismustheorie“ und „Theoriegeschichte“.⁹² Nach Aussagen ehemaliger Studenten stießen die Kurse in Sozialismustheorie mehrheitlich auf Ablehnung, insbesondere das parteipolitische Konzept des „Demokratischen Zentralismus“ wurde als zu doktrinär, bürokratisch und erneuerungsbedürftig eingestuft. Aufgrund der Motivation der Studenten, ihrer Überzeugung vom Sozialismus als der besseren Gesellschaftsordnung, übte dieses Fach aber auch eine ausgesprochene Attraktivität aus. Als Leitbild für die objektiv und subjektiv empfundene Notwendigkeit von Innovationen fungierte die „Perestroika“ in der Sowjetunion. Aus den in der Sowjetunion eingeleiteten Veränderungen bezog man auch den Optimismus, mit einer verbesserten Sozialismustheorie die Probleme in der DDR lösen zu können. Zwecks der Modifizierung der Sozialismustheorie wandte man sich bisher vernachlässigten Texten zu, z. B. frühen Schriften von Marx („Ökonomisch-philosophische Manuskripte“ bzw. „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“), aber auch marxistischen Theoretikern wie Gramsci, Bucharin, Plechanow und anderen zu, die aus dem staatstragenden Marxismus-Leninismus bisher ausgeklammert wurden.⁹³ Die theoretisch gewonnenen Erkenntnisse waren jedoch wiederum sehr abstrakt, und die Versuche, aus ihnen konkrete Modelle für politisches Handeln abzuleiten, erschienen daher als sehr gewollt. Deshalb versuchte ein anderer Teil der Studenten durch die „Wiederentdeckung“ bzw. „Neuentdeckung“ von aus dem offiziellen Kanon ausgeschlossenen Theoretikern die Theorie an sich zu erneuern. Durch eine breitere theoretische Basis erhoffte man sich mehr politikwissenschaftliche Anschlüsse, die den Marxismus-Leninismus international profilieren sollten.

Studierende an der Sektion WK berichteten, dass es in dem Fach „Wissenschaftlicher Sozialismus“ mit den Kursen „Theorie der kommunistischen Gesellschaftsformation“, „Soziale Beziehungen im Sozialismus“ und „Politisches System des Sozialismus“ zu mehr oder weniger heftigen Auseinandersetzungen kam. Die Studenten legten großen Wert auf Wissenschaftlichkeit, bekamen jedoch im Großen und Ganzen nur ‚theoretische Versatzstücke‘ geboten, die stark phraseologisch waren und keinen neuen Erkenntniswert gegenüber dem Wissen aus dem Grundstudium oder gar gegenüber dem Abitur-Wissen bedeuteten. Als Beleg kann die Äußerung eines WK-Studenten vom Januar 1989 hinzugezogen werden:

⁹² Ebd.: S. 77.

⁹³ Ebd.: S. 77 f.

[...] so fanden wir zum Kurs KGF („Theorie der kommunistischen Gesellschaftsformation“; d. A.) keine Einstellung. Eine große Zahl Wiederholungen gegenüber dem Einführungskurs, oft fehlende Begründungen zu Aussagen in den Vorlesungen und für uns ungeklärte Probleme in den Seminaren führten zu einem starken Desinteresse an diesem Fach. Und das, obgleich gerade die Sozialismustheorie für uns von hohem Interesse ist.⁹⁴

Und ein anderer Student:

Eine ausgesprochen kritische Haltung nimmt unsere Parteigruppe zum Kurs „Politisches System im Sozialismus“ ein. Der Kurs war in sich widersprüchlich und zeigte kaum einen Bezug zu wissenschaftstheoretischen und methodischen Problemen (z. B. zur derzeitigen Wissenschaftsdiskussion). Inhaltlich stellt er ein Vertrautmachen mit dem politischen System dar, ohne dieses wissenschaftlich zu begründen oder zu hinterfragen. Damit hatten insbesondere die Vorlesungen eher den Charakter propagandistischer Veranstaltungen.⁹⁵

Die Studenten wurden vor allem von der durchsichtigen und übermäßigen Redundanz aufgebracht, mit der jedem Einwand die kritische Spitze genommen wurde. Die „konkreten“ Widersprüche vor Ort (im Betrieb oder anderswo) wurden als historische aufgefasst; historische Widersprüche waren aber wiederum die „Triebkräfte des Sozialismus“, weshalb die „konkreten“ Probleme schon zur Hälfte als gelöst angesehen wurden und es somit auch keinen Grund zu Besorgnis und Kritik gab. Die Studenten empfanden zunehmend ihre Wissensdefizite, wie die Äußerung einer Studentin belegt:

Wir haben den Kurs laufen lassen, uns kaum noch vorbereitet, kurz gesagt, den Kurs als für uns gegenstandslos bezeichnet.⁹⁶

Mangels Alternativen mussten sich die Studenten jedoch auf irgendeine Weise mit der unbefriedigenden Situation arrangieren. Ihre Strategie bestand darin, in die unbefriedigenden Lehrangebote den Geist der Perestroika hineinzutragen, ein Maximum an Erkenntniszuwachs zu erzielen und die Lehrkräfte zu einem neuen Denken über den Sozialismus zu zwingen. Ließen sich die Lehrkräfte nicht darauf ein, versuchte man die Seminare nach den eigenen Vorstellungen zu gestalten. Damit wurden die Auseinandersetzungen aber nicht mehr nur auf der fachlichen, sondern auch auf der politisch-administrativen Ebene geführt. Diese Situation spiegelt auch den, wenn man es vorsichtig formuliert, „Flügelkampf“ in der SED zwischen „Systemerneuerern“ und dem alten „Parteikader“ wider. Wollte man ironisch sein, dann waren manche der alten Parteikader sogar realistischer als

⁹⁴ Quelle: Schmeling & Jentsch 1993: S. 79.

⁹⁵ Quelle: ebd.

⁹⁶ Quelle: ebd., S. 79.

die Systemerneuerer: Sie verschlossen die Augen vor einer Wirklichkeit, die kein Entwicklungspotenzial mehr aufwies, und zogen sich hinter der äußeren Parteifassade ins Private zurück (wie alle anderen DDR-Bürger auch). Angesichts der tatsächlichen Lage in den Betrieben und der allgemeinen Agonie in der Bevölkerung mutete das Ziel „Perestroika“ als illusorisch an. Die Studenten genossen zwar bei den Professoren gewisse Sympathien, doch fürchteten diese wiederum Auseinandersetzungen mit dem Parteiapparat. Festgehalten ist die Aussage eines Professors. „Hofft nicht darauf, dass wir in dieser Frage etwa unternehmen – manche Probleme lösen sich mit der Zeit auf biologischem Wege von selbst.“ (Damit meinte er die überalterte Parteiführung.) In ihrem Idealismus scheint es zunächst, dass die Studenten nicht reflektierten, dass ihre gehobenen Ansprüche vom Parteiapparat als Bedrohung seiner Macht wahrgenommen werden musste. Die Studenten wendeten sich an ihre Lehrkräfte, obwohl sie doch wissen konnten, dass sie auf Ablehnung stoßen werden. Eine derartige Naivität kann man jedoch nicht allen Studenten unterstellen. Im Gegenteil war ihr Vorgehen, im Sinne der Verbesserung der Lehrveranstaltungen zu argumentieren, die einzige Möglichkeit, politische Legitimität zu erlangen.

Abschließend sei die Selbsteinschätzung zweier ehemaliger Studenten an der WK-Sektion, warum sie an dem Studium „Wissenschaftlicher Kommunismus“ Ende der 80er Jahre festhielten, zitiert:

Es war erstens der fast bedingungslose Glauben an die Humanität und historische Überlegenheit des sozialistischen Systems, der bei vielen StudentInnen Pate stand, als sie dieses Studium begannen. Und es war zweitens die sich auf diesen Glauben stützende Illusion über die Reformfähigkeit des Sozialismus, die viele StudentInnen zu wissenschaftlicher Tatkraft beflügelte, weil sie drittens zumeist davon überzeugt waren, dass der Marxismus, in welcher Spielart auch immer, den Schlüssel zur theoretischen und praktischen Reform liefert. Dieser Schlüssel aber schien tief verborgen unter einer Wust von Phrasen, Dogmen und ideologischen Verkrustungen. Manchen war die Suche danach zu mühsam oder einfach zu anspruchsvoll; die einen wichen auf Nebengebiete aus, andere passten sich an. Die große Mehrzahl der Studierenden gab sich jedoch damit nicht zufrieden und begab sich auf die Suche nach dem „unverfälschten“, dem „wahren“ Marxismus.⁹⁷

2.7 Die Rekrutierung der Lehrkräfte

Bereits die Etablierung des „Wissenschaftlichen Kommunismus“ an den Hochschulen der DDR in den 50er und 60er Jahren folgte dem sowjetischen Vorbild. Ab den 80er Jahren

⁹⁷ Schmeling & Jentsch 1993: S. 81.

kam es zunehmend zu Spannungen, da sich unter den sowjetischen Gesellschaftswissenschaftlern die Einsicht durchsetzte, dass die Übertragung aller Leitungsaufgaben an den linear organisierten, hierarchisch aufgebauten staatlichen Verwaltungsapparat zur „Entfremdung des Staates, zum Anwachsen von Erscheinungen des Bürokratismus und Technokratismus“⁹⁸ führen musste. Diese Meinung wurde von der SED nicht geteilt; auch setzte man die Studenten anders als in der Sowjetunion nicht über diese Auseinandersetzungen auf der bildungspolitischen Metaebene in Kenntnis. In den 80er Jahren betrachtete die SED die Ausbildung der Lehrkräfte für Marxismus-Leninismus in der Sowjetunion zunehmend mit Argwohn.⁹⁹

Ab Mitte der 60er Jahre begann die Delegation ostdeutscher Studenten zum fünfjährigen Studium der Gesellschaftswissenschaften (Philosophie, Geschichte oder Wissenschaftlicher Kommunismus) an die Leningrader bzw. Moskauer Universität (später auch an die Universitäten von Kasan und Rostow am Don). Der Anteil der gesellschaftswissenschaftlichen Studenten an allen Auslandsstudenten betrug ca. 20 Prozent.¹⁰⁰ Im Studienjahr 1987/88 befanden sich rund 777 Studenten der Gesellschaftswissenschaften an sowjetischen Universitäten, vor allem zur Weiterbildung. Von den Lehrkräften an der KMU hatten einige Professoren in den 50er- und 60er Jahren in der Sowjetunion studiert. Jene Professoren, die in der DDR studiert hatten, mussten, um eine Berufung erhalten zu können, einen fünfmonatigen Lehrgang an den „Weiterbildungsinstituten für Lehrkräfte für Gesellschaftswissenschaften“ (IKP) in Moskau, Leningrad oder Kiew absolvieren.¹⁰¹ Diese Lehrgänge waren den Weiterbildungskursen an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED bzw. den Lehrgängen an der Parteihochschule der SED in Berlin gleichgestellt. Die Förderung der Weiterbildung derjenigen Gesellschaftswissenschaftler, die bereits im DDR-Hochschulsystem etabliert waren, bei gleichzeitiger Drosselung der Auslandsstudenten zeigt noch einmal, dass es der DDR vorrangig um die Konsolidierung der Parteiinteressen ging.

Die Fokussierung der Studenten / Absolventen an den Sektionen „Marxistisch-leninistische Philosophie“ und „Wissenschaftlicher Kommunismus“ auf die parteipoliti-

⁹⁸ Fink 1993: S. 123.

⁹⁹ Das Studium des Marxismus-Leninismus und des Wissenschaftlichen Kommunismus an den sowjetischen Hochschulen war weniger verschult und stärker auf Forschung ausgerichtet. Vielen Studenten wurde hier erst klar, dass sie in der DDR für die strikte und doktrinaire Vermittlung der Inhalte des Marxismus-Leninismus eingesetzt werden sollten. Dies führte bei ihrer Rückkehr in die DDR zu Auseinandersetzungen mit dem Lehrkörper. Von dem wissenschaftlichen Nachwuchs, der in den 70er und 80er Jahren in der Sowjetunion Gesellschaftswissenschaften studierte, schaffte niemand den ‚Sprung‘ an eine Sektion oder Fakultät einer ostdeutschen Universität.

¹⁰⁰ Vgl. Fink 1993: S. 127.

¹⁰¹ Ebd.: S. 130.

sche Arbeit und die Agitation brachte im Gegenzug Probleme mit den sowjetischen Absolventen mit sich, die als Gastdozenten an der KMU tätig werden sollten. Offiziell als Bereicherung für die Lehre und zum Erfahrungsaustausch an die KMU gekommen, war man inoffiziell (vor allem in der SED-Kreisleitung) aber höchst unzufrieden mit ihnen, da sie sich in ihrer expliziten Ausrichtung auf die Forschung nicht in die bestehenden institutionellen Strukturen (FDJ, DSF, GST etc.) einbinden ließen. Sie mussten ihrerseits wieder „umgeschult“ werden, um für den parteipolitischen Apparat von Nutzen zu sein.¹⁰²

2.8 Das Ende der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“

Die Sektion „Wissenschaftliche Kommunismus“ verschwand im Zuge der „Abwicklung“ und der Neustrukturierung der Universität Leipzig. Bei der Evaluierung der geisteswissenschaftlichen Fächer fand man in dem Studiengang „Wissenschaftler Kommunismus“ keine Orientierung an der Wirklichkeit vor, die es erlaubt hätte, einige der Themen in den neu zu gründenden Studiengang Politikwissenschaft aufzunehmen. Indem die Sektion „Wissenschaftliche Kommunismus“ Legitimitätsargumente für die SED bereitstellte, betrieb sie Politik, aber sie untersuchte sie nicht. Sie stand dem Staat näher als der Universität. Darum musste der Versuch nach der Wende, den „Wissenschaftlichen Kommunismus“ als einen Zweig der Politikwissenschaft zu etablieren, scheitern.¹⁰³ Die Vertreter des „Wissenschaftlichen Kommunismus“ stellten hinsichtlich der politischen Theorie des Marxismus-Leninismus ein Defizit fest, das es zu beheben gelte, insbesondere vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus / Imperialismus. Was sich nach außen wie eine politische Handlungstheorie ausgibt, war de facto aber eine Entwicklung von politischen Handlungsstrategien für die SED.¹⁰⁴ Eine andere Entwicklung wäre angesichts der allmächtigen Rolle der Partei, die gegen jede Kritik immun war, auch nicht möglich gewesen.

Neben diesem gesellschaftspolitischen gab aber noch einen sektionsinternen Grund für das Scheitern des „Wissenschaftlichen Kommunismus“ als wissenschaftliche Disziplin: da Wissenschaft nicht als „Selbstzweck“, sondern als „Dienst am Volk“ verstanden und betrieben wurde, hätte der Untersuchungsgegenstand gelautet, ob und wie die Partei sich

¹⁰² Ebd.: S. 131.

¹⁰³ Im Frühjahr 1990 gründete sich eine Initiativgruppe zur Gründung einer „Gesellschaft für Politikwissenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“. Die Initiatoren waren Vertreter des Wissenschaftlichen Kommunismus. Die Gründungsversammlung fand bezeichnenderweise nicht in den Räumlichkeiten der Berliner Humboldt-Universität, sondern in jenen der ehemaligen Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED statt (vgl. Koop 1993: 36).

¹⁰⁴ Vgl. Koop 1993: S. 39.

mit ihrer Politik in den Dienst des Volkes stellt. Erstere Frage war tabu, die letztere insofern schwer zu stellen, als das, was konkret als Dienst am Volk zu verstehen ist, von der Partei selber festgelegt wurde. Damit konnten die Lehrkräfte kein für die Ausbildung einer Wissenschaftsdisziplin notwendiges Kritikpotential entwickeln. Es sei denn, sie vollzogen den offenen Bruch mit dem politischen System, oder entwickelten sich im Zuge von Perestroika zu Kritikern, die das „System“ von innen heraus modernisieren wollten. Daher kam es ab Mitte der 80er Jahre auch verstärkt zu Disziplinierungsmaßnahmen in der Philosophie und den Wirtschaftswissenschaften.¹⁰⁵ Eine dritte und häufig genutzte Möglichkeit war, sich Themen, die explizit in eine Unterstützungsfunktion für die gegenwärtige Parteipolitik gemündet hätten, zu entziehen und das inhaltliche und methodische Fachwissen auf geschichtliche und philologische Arbeiten zu weniger im Mittelpunkt stehenden Schriften der Klassikern zu beschränken.

Ab dem Frühjahr 1989 kam es zunächst zu „klimatischen“ Veränderungen in der Bevölkerung, die sich aber noch nicht in Protesten ausdrückten. Dies waren zum einen die Zustimmung zu den politischen Reformen unter Gorbatschow („Perestroika“), die von der DDR-Führung abgelehnt wurden. Im Zuge dessen kam es zum Verbot des „Sputnik“, einem Magazin für die interessierte politische Öffentlichkeit. Dieses Verbot wurde als Einschränkung der ohnehin kaum vorhandenen freien Meinungsäußerung wahrgenommen. Hinzu kamen die offensichtlich manipulierten Volkskammerwahlen vom April 1989. Eine entscheidende Rolle spielten die illegalen Grenzfluchten über Ungarn nach Österreich, über die in den Westmedien berichtet wurde und sich in der Bevölkerung sehr schnell herumsprachen. Der Auswanderungsdruck war sehr groß geworden, bereits im Winter 1988/89 wurden einer großen Anzahl Ausreisewilliger die Ausreise mit Aberkennung der DDR-Staatsbürgerschaft bewilligt. Diese Menschen wurden nicht als „Staatsfeinde“ wahrgenommen, wie von der politischen Führung postuliert, sondern zunehmend als „Leute wie wir“.

Besonders in Leipzig waren die Veränderungen spürbar. Die Zunahme der Menschen, die an den montaglichen Friedensgebeten in der Nikolaikirche teilnahmen, konnte den Angestellten an den Sektionen „Marxistisch-leninistische Philosophie“ und „Wissenschaftlicher Kommunismus“ nicht entgehen. Die Nikolaikirche befand sich nur wenige hundert Meter entfernt. An den Sektionen selber wurden die zunehmenden politischen Unruhen jedoch nicht thematisiert, was noch einmal unterstreicht, wie verkrustet, scholastisch und wirklichkeitsfern die offizielle marxistisch-leninistische Lehre geworden war. Das in-

¹⁰⁵

Vgl. Rother 1990.

tellektuelle Potential des Marxismus-Leninismus, die politischen Entscheidungen der SED zu legitimieren, war ab Mitte der 80er Jahre erschöpft. Die Menschen in den Industriebetrieben lebten in einer Art Real-Satire. Auf den Bannern wurde der „Fortschritt des Sozialismus“ verkündet, während gleichzeitig Produktionspläne nicht eingehalten wurden und es an Ersatzteilen und Rohstoffen mangelte. Intellektuelle Anstöße für eine Offenlegung der Missstände kamen von jenen, die an den Sozialismus glaubten und ihn „von innen“ erneuern wollten. Ihnen stand der Parteiapparat gegenüber, der die Deutungshoheit besaß und eine Anzahl von „apathischen“ Mitarbeitern, für die das Lehren marxistisch-leninistischer Inhalte ein „Job“ wie jeder andere war, ohne dass sie subjektiv noch eine Bindung an ihn gehabt hätten.

Caysa & Caysa (1990: 70), die zu der Gruppe der „Systemerneuerer“ gehörten konstatierten unmittelbar nach der Wende:

Das System des Staatsmonopolismus der DDR war wesentlich geprägt durch den Zwang der Reproduktion der ideologischen Apparate. Sobald diese und deren Wirtschaftsstrukturen in Legitimationsprobleme bzw. in die Krise gerieten, fiel auch der Philosophie eine zentrale Rolle zu. Sie hatte strategisches Legitimationswissen für die Systemreproduktion herzustellen und zu verbreiten [...]. Im Zentrum dieses Prozesses politischer Instrumentalisierung der Philosophie stand das *Marxistisch-Leninistische-Grundlagenstudium* an den Universitäten [...].

Exemplarisch für die politische Funktionalisierung der Gesellschaftswissenschaften stand die Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Michael T. Greven, der als Professor für Politikwissenschaften kurz nach der Wende an die Universität Leipzig kam, kommt zu dem Urteil, dass vor allem hier „die Idee der Universität, ihr Anspruch wissenschaftsgesteuerter Wahrheitssuche systematisch verraten wurde.“¹⁰⁶ Man muss hier durchaus Differenzierungen vornehmen. An der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ lehrten und lernten überzeugte Anhänger der kommunistischen Weltanschauung, die überdies „parteitreu“ waren. An der Sektion „Marxistisch-leninistische Philosophie“ war der Marxismus-Leninismus natürlich auch die herrschende weltanschauliche Doktrin, jedoch konnten sich die Studenten und Lehrkräfte z. T. geschickt entziehen, wenn sie ihre (eigentlichen) Forschungsvorhaben zur „bürgerlichen Philosophie“ geschickt mit einem Forschungsdefizit innerhalb des Marxismus-Leninismus verbanden. In diesem Fall erhielten sie einen „Giftschein“ (so die allgemeine Sprachregelung), der ihnen den Weg zu verbotener Literatur in der nahe gelegenen Deutschen Büche-

¹⁰⁶ Greven 1993: S. 56.

rei öffnete. Vereinzelt wurde Literatur von westdeutschen Bekannten über die Grenze mitgebracht und bei den Freunden dann einfach „vergessen“. Nach Auskünften ehemaliger Studenten wurde also bereits Habermas gelesen, der von den Vorgesetzten in der Sektion aufgrund seines Demokratisierungspotentials besonders gefürchtet wurde. Aber auch Foucault und die französische Postmoderne waren z. T. schon bekannt und wurden in Lesekreisen außerhalb der Universität (in privaten Wohnungen) diskutiert.

Über die Montagsdemonstrationen wurde in den Seminaren kaum gesprochen, man tat so, als sei das nicht wahr. Die Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ wurde von den Ereignissen überrollt. Doch noch im Winter 1989/90 trug man sich mit dem Gedanken an eine innere Erneuerung des Sozialismus, wobei die Vorstellungen der SED-Kader, der Studenten und der Reformkräfte („Neues Forum“), die noch vor kurzem als „Staatsfeinde“ galten und illegalen Widerstand leisteten, natürlich weit auseinandergingen. In der realen politischen Entwicklung waren aber auch diese Diskussionen schnell überholt und wurden von der Sorge um den Erhalt der geisteswissenschaftlichen Sektionen und die persönliche Zukunft abgelöst. Die Studenten wussten nicht, ob sie bei der sich abzeichnenden Wiedervereinigung, die von der Volkskammer im August 1990 beschlossen wurde, überhaupt noch einen universitären Abschluss erhalten würden. Bundesdeutsche Professoren, die beratend an die „Karl Marx Universität“ kamen und zunehmend administrative Funktionen bei der Umstrukturierung bzw. Neugründung der Sektionen übernahmen, wurden vielfach als Fremdkörper empfunden.

Obwohl die Studenten des Wissenschaftlichen Kommunismus und der marxistisch-leninistischen Philosophie spätestens jetzt hätten verstehen können, in welcher Weise sie für den Machterhalt des Parteiapparates benutzt wurden, überwog doch das Wir-Gefühl gegenüber den einbrechenden gravierenden Veränderungen. Es kam zu Protesten gegen die „Abwicklung“. Die Professoren versuchten, sich diese Solidaritätseffekte zunutze zu machen, indem sie einerseits die Vergangenheit schonungslos offenlegten, andererseits eben dadurch aber auch die Deutungshoheit über die gesellschaftspolitischen Vorgänge und die vorzunehmenden Strukturveränderungen an der Universität beanspruchten. Immerhin arbeiteten allein an der Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus 80 Menschen. Diese Kehrtwende unter den Lehrkräften rief im Herbstsemester 1990/91 wiederum den Protest einiger Studenten unter dem Erstsemester hervor, die aufgrund ihrer vormaligen Oppositionsstellung zum DDR-Staat erst durch die Wende die Möglichkeit erhielten, sich an der Sektion Philosophie bzw. Politikwissenschaft einzuschreiben. Für diese wenigen Studenten besaß ein Großteil der Lehrkräfte keinerlei Autorität und Legitimität. Als exemplarisch für

den Rettungsversuch der Mitarbeiter an der Sektion WK kann eine Stellungnahme von Prof. Ulrich Geisler vom 08. November 1989 gelten:

Der Wissenschaftliche Sozialismus oder Wissenschaftliche Kommunismus hat sich über Jahrzehnte hinweg vorrangig als wesentlicher Bestandteil einer Legitimationsideologie in Bezug auf politische Entscheidungen der SED und des Staates verstanden, seine bewusstseinsbildende Funktion vorrangig über Lehre und propagandistische Tätigkeit realisiert und richtete sich vor allem darauf, bezüglich politischer Entscheidungen führender Gremien von Partei und Staat ein konformes Bewusstsein zu erzeugen. In dem Maße jedoch, wie der Konsens breiter Teile der Bevölkerung und besonders der Jugend mit diesen politischen Entscheidungen zerfiel, wurde der Wissenschaftliche Sozialismus zunehmend nur noch unter ohnehin Gleichgesinnten real wirksam. Der Realitätsverlust in zahlreichen Einschätzungen von Partei und Regierung musste den Wissenschaftlichen Sozialismus besonders hart treffen, da von ihm erwartet wurde, durch Argumentationen diesen Realitätsverlust in seinen negativen Auswirkungen zu kompensieren und da sich der Wissenschaftliche Sozialismus weitgehend diesen Erwartungen unterwarf, unter dem simplifiziert verstandenen Anspruch, die Politik der Partei zu propagieren.

Auf kognitiver Ebene entwickelte sich die Tendenz, zusätzliche Argumente für die von vorne herein vorausgesetzte Richtigkeit politischer Entscheidungen aufzufinden. Da diese Richtigkeit zumeist auch als Prämisse für empirische Untersuchungen diente, setzte sich weitgehend durch, vorrangig mit Methoden des Fallbeispiels zu arbeiten. Charakteristisch war auch die Ausrichtung des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses auf Vervollkommnung, das heißt Ausformung eines vorgegebenen Sozialismusmodells, das zunehmend in Widerspruch zur gesellschaftlichen Wirklichkeit geriet und sich als überholt erwies. Die Tendenz zu deduzierender Argumentation mit begriffsscholastischen Begleiterecheinungen, permanente Perioden, Phasen- und Etappendiskussionen waren die Folge. [...] Mit der Tendenz, sich als Magd der Politik zu verstehen und ihren aktuellen Bedürfnissen zu unterwerfen, war notwendigerweise das ständige Bedürfnis nach neuesten Informationen über politische Konstellationen und Wendungen in Führungskreisen der Partei verbunden, um sie als neueste Erkenntnisse der Wissenschaft auszugeben und zu verbreiten bzw. um rasch die eigene, vorwiegend deduzierende Argumentation danach einzurichten. Es ging aber auch darum, auf diese Weise das eigene Bewusstsein zu festigen, in der Interpretation politischer Entscheidungen richtig zu liegen. Es ist begreiflich, dass die Sicherheit, die Intention einer politischen Entscheidung richtig erfasst zu haben, zum Hauptkriterium der eigenen Tätigkeit als Wissenschaftler wird, wenn man sie primär als interpretatorische oder propagandistische Tätigkeit versteht.

Diese Selbsteinschätzung einer führenden Lehrkraft bezeugt eine bemerkenswerte selbstreflexive Leistung; da sie aber so zielgenau, widerspruchslös und klar formuliert ist, kann man sich nur schwer des Eindrucks erwehren, dass Prof. Geisler nicht auch schon vor 1989 gewusst hat, dass er im Grunde genommen das wissenschaftliche Arbeiten verriet. Für die

DDR ist es kennzeichnend, dass von der Intelligenz kaum Widerstand ausging; es sei denn, dass man den Bruch mit der DDR vollzog, als Student evtl. Theologie studierte, einen niedrig bezahlten Job annahm und sich in der „Kirche von unten“ engagierte. Einmal in den DDR-Apparat eingebunden, war ein Ausscheren kaum mehr möglich. Man setzte damit seine ökonomische Existenz aufs Spiel, musste Repressalien der Staatssicherheit hinnehmen, was beides wiederum über kurz oder lang dazu geführt hätte, einen Ausreiseantrag zu stellen. Damit hätte man aber auch die Hoffnungen begraben, die man selber einst mit dem Aufbau des Sozialismus verband. In dieser Konstellation war die führende Intelligenzschicht nicht in der Lage, eine kritische Haltung zur Parteilinie einzunehmen, geschweige denn ihr zu widersprechen. Die Selbstkritik Geislers in Bezug auf die legitimierende Funktion von Parteibeschlüssen durch die Gesellschaftswissenschaften bezog sich auf die realen gesellschaftspolitischen Entwicklungen. Sie stellte das tiefe, quasi im Unbewussten internalisierte Motiv, wonach die Universität zuerst gesellschaftsorientiert, und erst dann wissensorientiert sei, nicht in Frage. Denn in dem Papier von Prof. Geisler heißt es weiter, dass es

um die Krise des internationalen Sozialismus [gehe], die nunmehr auch unser Land erfasst hat. Mit der Gesellschaftskrise sind auch die Gesellschaftswissenschaften, die das geistige Leben des Landes wesentlich mitgeprägt haben, in eine Krise geraten.

Das Argumentationsmuster verläuft so, dass eine Änderung der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen auch eine Umorientierung der Universität in ihren Lehrinhalten erfordert. Dies ist aber immer noch im Horizont des sozialistischen Wissenschaftsverständnisses gedacht. Der Universität wird keine eigentliche Autonomie zugestanden, wonach aber auch eine kritische Reflexion über das Verhältnis von Politik und Gesellschaft unmöglich wird. Geisler räumt zwar ein, dass die Interessen in der Gesellschaft in der Vergangenheit durch die Politik und die Wissenschaft nicht beachtet wurden. Die verschiedenen Interessen in der Bevölkerung kommen aber als solche nicht in den Blick, weil ein gemeinsamer Begriff von Gesellschaft vorausgesetzt wird, auf den hin diese Interessen konvergieren. Damit meint Geisler, die Argumente und politischen Interessen der kritischen Öffentlichkeit besser zu verstehen, als diese sich selbst. Diese partielle Blindheit war typisch für den Habitus der marxistisch-leninistischen Lehrkraft. Konsequenterweise kann sich Geisler eine kritische Politikwissenschaft auch nur in ihrer marxistisch-leninistischen Einbettung vorstellen. Er reflektiert nicht den einseitigen Machtanspruch, der sich dahinter verbirgt:

Im wachsenden Bewusstsein sowohl objektiven politischen Anforderungen als auch wissenschaftlichen Erfordernissen nicht gerecht zu werden, haben politisch und wissenschaftlich verantwortungsbewusste Vertreter des Wissenschaftlichen Sozialismus seit einigen Jahren gefordert, den Wissenschaftlichen Sozialismus in Richtung einer marxistischen Politikwissenschaft zu entwickeln. Diese Orientierung im *Rat für Wissenschaftlichen Sozialismus*¹⁰⁷ durchgesetzt zu haben, ist ein unbestreitbares Verdienst. Damit wurde der Weg für eine den Erfordernissen der Zukunft gerechtwerdende Entwicklung aufgezeigt. Tatsache ist, dass sich natürlich trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse im Bestand des Wissenschaftlichen Sozialismus ein produktives Wissenschaftspotential entwickelt hat, das man in sorgfältiger Analyse des bestehenden Zustandes auffinden muss. Dieses Wissenschaftspotential hat nur die Chance, sich weiter zu entwickeln, wenn es konstitutiv wird für eine marxistische Politikwissenschaft in der DDR oder wenigstens in eine zu schaffende marxistische Politikwissenschaft eingeht. Das bedeutet aber konsequenterweise auch, dass sich das hier angeführte Wissenschaftspotential den Namen marxistische Politikwissenschaft geben muss. Hier ist ein Zaudern im Selbstverständnis und Warten auf äußere Zeichen rigoros abzulehnen und Flagge zu zeigen. Eine fest gleichberechtigte und gleichgeachtete Einfügung in das Ensemble der marxistischen Gesellschaftswissenschaften dürfte kein generelles Problem mehr sein, es wird zur Frage der eigenen Kooperationsfähigkeit und Bereitschaft.

Angesichts der gravierenden gesellschaftlichen Veränderungen zeugt auch dieses Zitat von einer extremen intellektuellen Leichtfertigkeit. Allein die im Ansatz formulierten Probleme sollen bereits die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges unter Beweis stellen, den es rigoros durchzusetzen gelte. Ein Demokratieverständnis ist nicht vorhanden. Darüber hinaus wird die eigene Involviertheit in die Verflechtung von Politik und Wissenschaft nicht genügend reflektiert. Die Schuld an den Fehlentwicklungen trüge ausschließlich die Partei, die sich in die Belange der Sektion WK eingemischt und damit die ‚wahre‘ Erforschung des Wissenschaftlichen Sozialismus verhindert habe.

Diese Anstrengungen müssen innerhalb des 1990 zu beobachtenden Versuchs gesehen werden, in den alten Strukturen ein Reformierungspotential zu entwickeln. Die Auseinandersetzung in anderen gesellschaftlichen Institutionen verliefen ähnlich. Die Ansätze zu inneren Reformen verschlissen jedoch schnell, auch fehlte es an den dazu notwendigen ‚unbelasteten‘ Personen. Die Versuche zur Rettung der Sektion WK zeigten zumindest institutionell vorübergehend einen Erfolg. Durch einen Beschluss des Wissenschaftsministeriums in Berlin vom Frühjahr 1990 wurden die Stellen umbenannt: Aus den Lehrkräften für „Wissenschaftlichen Kommunismus“ waren über Nacht Lehrkräfte für Politikwissen-

¹⁰⁷ Dieser Rat etablierte sich 1988 im Umkreis der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

schaft geworden und die Studenten des 5. Studienjahres erhielten ein Diplom in Politikwissenschaft, obwohl sie so gut wie kein Wissen in dieser Disziplin hatten. Ersteres wog insofern schwerer, als es sich hier ganz offensichtlich um den Versuch handelte, die Karrieren ‚altgedienter‘ Kader zu retten. Als Professoren in Politikwissenschaft waren die ehemaligen Professoren für „Wissenschaftlichen Kommunismus“ nicht so leicht von ihren Lehrstühlen zu verdrängen. Sie präsentierten sich den westdeutschen Gastprofessoren als Kollegen. Andere waren – dem Zeugnis Grevens zufolge¹⁰⁸ – intellektuell verunsichert. Der Großteil der Professoren handelte jedoch unverfroren und vor allem verantwortungslos gegenüber den Studenten: ohne Inhalte unterrichten zu können, die dem internationalen Standard des Fachs Politikwissenschaft auch nur im Geringsten genügt hätten, redete man sich damit heraus, den „Betrieb aufrechterhalten zu müssen“. Den Studenten ging damit wertvolle Zeit für die wissenschaftliche Neuorientierung verloren.

Der für das Jahr 1990 für die DDR kennzeichnende „rechtsfreie Raum“ – alte Strukturen befanden sich in Auflösung und politisch verbindliche neue Strukturen waren noch nicht etabliert – wurde von den Lehrkräften an der ehemaligen Sektion WK auch dazu genutzt, mittels Denunziationen „alte Rechnungen“ zu begleichen und organisatorische Veränderungen innerhalb der Sektion vorzunehmen, die unter dem Einfluss der SED-Kreisleitung nicht möglich waren.¹⁰⁹ Für einen kleinen Teil der im Herbstsemester beginnenden Studenten, die sich aufgrund der Wende kurzfristig eingeschrieben hatten, sowie für die westdeutschen Gastprofessoren war darüber hinaus die Loyalität der Studenten frappierend. Die ehemaligen Lehrkräfte für Wissenschaftlichen Kommunismus und die ehemaligen Studenten für Wissenschaftlichen Kommunismus, die ja mehrheitlich Mitglieder der SED waren, empfanden sich offenbar als eine Art Schicksalsgemeinschaft. Als die neu gewählte Landesregierung nach der Wiedervereinigung am 03. Oktober 1990 beschloss, die „Karl-Marx-Universität“ abzuwickeln und die Universität Leipzig neu zu gründen, kam es im Dezember 1990 zu Demonstrationen unter den Studenten. Diese Solidarisierung mit den marxistisch-leninistischen Lehrkräften überrascht auch vor dem Hintergrund, dass eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Vergangenheit seitens der Lehrkräfte nicht stattfand. Ein Teil der Studenten an der Sektion WK konnte bzw. wollte nicht einsehen, in welchem Maße sie von den Hochschullehrern über all die Jahre hinweg manipuliert wurden. Der Gastprofessor Greven umschreibt die Atmosphäre dieser Zeitspanne als „Mischung von kollektiver Verdrängung und angestrenzter Inszenierung einer Norma-

¹⁰⁸ Greven 1993: S. 164.

¹⁰⁹ Ebd.: S. 166.

lität“.¹¹⁰

Durch die Entscheidung der Sächsischen Landesregierung wurden alle Angehörigen der ehemaligen Sektionen „Wissenschaftlicher Kommunismus“ und „Marxistisch-leninistische Philosophie“ ab dem Januar 1991 in die sogenannte „Warteschleife“ versetzt, d. h., sie wurden bei 70 % ihres Nettogehalts von ihrem Dienst entbunden. Anders als durch diesen harten, als politische Willkür empfundenen Eingriff war die Situation nicht zu lösen, wollte man weiteren Schaden von den Studenten abwenden.¹¹¹ Die Empörung war auch deshalb groß, weil sich die Abwicklungsentscheidung auf den Status der Lehrkräfte von Oktober 1989 bezog; der umbenannte Lehrstuhl oder der Rückzug in weniger ideologielastete Bereiche hatte vielen also nicht genützt. Im Folgenden wurden Einzelprüfungen durchgeführt, die nicht nur eine qualitative Evaluierung der sich neu bewerbenden Lehrkräfte enthielten, sondern auch eine Bewertung der persönlichen Integrität (Involviertheit ins „System“, Mitgliedschaft als IM bei der Staatssicherheit) enthielten. Grundlage der qualitativen Bewertung konnten natürlich nicht ausschließlich die zu DDR-Zeiten veröffentlichten Texte sein; vielmehr ging es darum, in den Neubewerbern anschlussfähige Kompetenzen ausfindig zu machen, die sie als Hochschullehrer für das Fach Politikwissenschaft qualifizierten. Dennoch wurde acht von zehn Neubewerbern (alle ehemaligen Professoren) eine diesbezügliche Kompetenz abgesprochen. Bei den Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern, die das zurückliegende Jahr zur wissenschaftlichen Umorientierung genutzt hatten, fiel das Ergebnis günstiger aus: hier bestanden 14 von insgesamt 27 Neubewerbern den Test. Gleichzeitig wurden für die Studenten im 3., 4., und 5. Studienjahr Kompromisse hinsichtlich ihrer Abschlüsse gemacht: durch ein dreisemestriges Nachholen von grundlegenden politikwissenschaftlichen Inhalten mit anschließender Zwischenprüfung erhielten sie die Berechtigung, das Hauptstudium im Fach Politikwissenschaft aufzunehmen. Bei der Aushandlung der Kompromisse zeigte die Studentenschaft, die sich mittlerweile umfassend in der neuen universitären Landschaft orientiert hatte, sehr viel Geschick.

Schlussbemerkung

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass der universitäre Lehrkörper der DDR bei der Re-

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Die Entscheidung zur Abwicklung war insbesondere an den gesellschaftswissenschaftlichen Sektionen überfällig. An den naturwissenschaftlichen Sektionen war die Situation weit weniger dramatisch. Hier unterrichteten ja auch Mediziner Medizinstudenten, Physiker Physikstudenten usw.

flexion der gesellschaftspolitischen Prozesse versagte. Bei der Durchsicht der Veröffentlichungen und der Dissertationen in den Archiven fällt schon im Inhaltsverzeichnis auf, dass Bezüge zur Wirklichkeit, d. h. die Aufstellung und empirische Überprüfung von Theorien, einfach fehlten. Damit verletzte man aber permanent das von Marx selber für den dialektisch-historischen Materialismus postulierte Verfahren, deduktionistisch vom Allgemeinen zum Konkreten vorzudringen. Wenn empirisch gearbeitet wurde, dann bezog man sich auf Vorzeigeprojekte des „sozialistischen Aufbaus“ aus den 50er, 60er- und 70er Jahren (z. B. Eisenhüttenstadt oder den Wohnungsbau allgemein). Insbesondere an der Sektion „Wissenschaftlicher Kommunismus“ trat die politische Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus deutlich hervor. Parteitagebeschlüsse und die Beschlüsse untergeordneter Parteigremien standen mehr noch als in den anderen geisteswissenschaftlichen Disziplinen in einer Reihe mit den Klassikern Marx, Engels und Lenin. Der Marxismus-Leninismus wurde damit zunehmend parteipolitisch instrumentalisiert und selbstreferentiell, und spätestens Ende der 80er Jahre konnte er auf Veränderungen der Wirklichkeit nicht mehr reagieren.

Die Legitimationsfunktion des Marxismus-Leninismus für die parteipolitischen Strategien schlossen ein, dass die Interpretationsströmungen der „westlichen Linken“ (z. B. Althusser in Frankreich und E. P. Thompson im angloamerikanischen Raum) nicht berücksichtigt wurde. Spätestens seit 1956 musste man zwischen einem Marxismus-Leninismus unterscheiden, der den Parteiapparat ablehnte, und einem Marxismus-Leninismus, der ihn in Form der „Diktatur des Proletariats“ für unerlässlich hielt. Das heißt, dass die in der DDR verfassten wissenschaftlichen Arbeiten zur internationalen Forschung zum Marxismus-Leninismus im Wesentlichen nichts beitrugen. Die internationale Forschung hatte im Zuge der Aufdeckung des stalinistischen Terrors längst die verhängnisvolle Rolle der Alleingewalt einer Partei, des Bürokratismus und die Auswirkung eines fehlenden Menschenbildes erkannt.

Literaturverzeichnis

Beck, Martin (1991): ‚Rhetorische Kommunikation‘ oder ‚Agitation und Propaganda‘. Zu Funktionen der Rhetorik in der DDR. eine sprechwissenschaftliche Untersuchung. St. Ingbert: Röhrug-Verlag.

Bericht des ZK der SED an den XI. Parteitag der SED (1986). Berlin.

Caysa, Volker & Caysa Petra (1990): Vorgänge III. Leipzig.

Direktive des XI. Parteitages der SED zum Fünfjahresplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR in den Jahren 1986–1990, S. 117–125. Berlin 1986.

Gemeinsames Dokument von SPD und SED: Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit, Abschnitt I und II. In: Neues Deutschland vom 28.08.1987, S. 3

Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriss (1978). Berlin: Dietz-Verlag.

Gorbatschow, Michail: Grußansprache auf dem XI. Parteitag der SED, Berlin 1986.

Greven, Michael Th. (1993): Bericht über das Ende des Wissenschaftlichen Kommunismus und die Anfänge der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig 1989 bis 1991. In: Greven, Michael Th. & Koop, Dieter (hrs.): War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft. Opladen: Leske & Budrich, S. 155–176.

Fink, Fjodor (1993): Das sowjetische „Vorbild“ der Entwicklung des Wissenschaftlichen Kommunismus in der DDR. In: Greven, Michael Th. & Koop, Dieter (hrs.): War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft. Opladen: Leske & Budrich, S. 117–153.

Hager, Kurt: Gesetzmäßigkeiten unserer Epoche – Triebkräfte und Werte des Sozialismus. Berlin 1984.

John, Bernd (1998): Ideologie und Pädagogik: zur Geschichte der Vergleichenden Pädagogik in der DDR. Frankfurt am Main: Böhlau-Verlag.

Kapferer, Norbert (1990): Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Koop, Dieter: Wissenschafts- und Politikverständnis im Wissenschaftlichen Kommunismus. In: Greven, Michael Th. & Koop, Dieter (Hrsg.): War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft. S. 35–48.

LW (Lenin Werke) (1970): Berlin- 8. Aufl.: Dietz Verlag

Marxistisch-leninistische Philosophie (1982). Berlin: Dietz-Verlag.

MEW (Marx-Engels Werke) (1981): Berlin, 3. Aufl.: Dietz Verlag.

Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (1989): Grundlagen des Marxismus-Leninismus an Fachschulen der DDR. Dokument 1018/89. Berlin.

Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (1989): Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Dialektischer und historischer Materialismus. Studienjahr 1989/90. Berlin.

Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen (1989): Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Wissenschaftlicher Sozialismus (1989/90).

Neuner, G. (1973): Das Persönlichkeitsproblem und die Pädagogik. In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10 / 1973, S. 1157–1177.

Pädagogische Hochschule „Clara Zetkin“ Leipzig (1986): Streitbarer Marxismus-Leninismus heute – wissenschaftliche Beiträge zur Erhöhung von Niveau und Wirksamkeit der Auseinandersetzung mit der Politik und Ideologie des Imperialismus in Lehre, Erziehung und Forschung. Leipzig.

Politische Ökonomie des Kapitalismus und des Sozialismus (1988). Berlin: Dietz-Verlag.

Programm der SED, Abschnitt II/c, Berlin 1976 /1984.

Rother, K.-H.: Parteiverfahren für Marx. Hier irrten Kurt Hager und andere. Berlin 1990.

Schmeling, Dirk & Jentsch, Harald (1993): Der Studiengang Wissenschaftlicher Kommunismus. In: Greven, Michael Th. & Koop, Dieter (Hrsg.): War der wissenschaftliche Kommunismus eine Wissenschaft? Vom Wissenschaftlichen Kommunismus zur Politikwissenschaft. S. 49–92.

Sternberger, D. (1984): Drei Wurzeln von Politik. IV. Teil. Frankfurt am Main.

Technische Universität Dresden (1989): Grundlagen des Marxismus-Leninismus. Kurs: Dialektischer und historischer Materialismus. Studienjahr 1989/90.

Thompson, Edward P. (1964): The Making of the English Working Class. Preface. New York: Pantheon books.

Zentralinstitut für Jugendforschung (1989): Studie „Student '89“. Leipzig.

Eidesstaatliche Erklärung

zur Bachelorarbeit

Name: König

Vorname: Robert

Ich versichere, die Bachelorarbeit selbständig und lediglich unter Benutzung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel verfasst zu haben.

Ich erkläre weiterhin, dass die vorliegende Arbeit noch nicht im Rahmen eines anderen Prüfungsverfahrens eingereicht wurde.

Lübeck, den 24.01.2011


(Unterschrift)